

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pfg., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.

Kassendirektor: Amt 1, Nr. 1506.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 13. Juli 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Zur Lage in Spanien.

Das offizielle Spanien mag sich noch immer nicht recht zum Friedensschluß entschließen, obgleich nach der Vernichtung der Flotte Cervera's fast jede Aussicht auf eine glückliche Weiterführung des Krieges verschwunden ist und zugleich im Lande selbst die wirtschaftliche Krisis immer größere Dimensionen annimmt. In allen Handels- und Industriezentren, in Barcelona, Valencia, Madrid, Malaga, Sevilla, liegen die Geschäfte fast völlig brach und die Zahl der Arbeitslosen nimmt von Tag zu Tag zu. Von dem Elend in den ärmeren Schichten kann man sich einen Begriff machen, wenn man hört, daß die Zahl der Madrider Armen, die vor einigen Tagen in einem dortigen Asyl Nachtlager und Speise suchten, sich auf über 10 000 belaufen haben soll. Dazu steigen die Staatsausgaben ins ungeheure. Mit Einschluß der vom Ministerrath beschlossenen Emission neuer Staatsschuldverschreibungen im Werthe von 500 Millionen Pesetas beträgt nach Angabe der „Epoca“ die Gesamtsumme der bisher für den kubanischen Krieg verwendeten Mittel an 3000 Millionen Pesetas, — für ein armes Land wie Spanien eine horrenden Summe. Thatsächlich messen sich denn auch selbst aus bürgerlichen Kreisen die Stimmen, die nach Frieden verlangen. Sogar die „Epoca“ spricht sich jetzt energisch für den Friedensschluß aus und selbst der monarchistische „Imparcial“, der sich noch vor acht Tagen so kriegsmüthig geberdete, ist recht kleinlaut geworden und läßt, wenn er auch nicht direkt für Friedensschluß plädiert, zwischen seinen Zeilen durchblicken, daß er den weiteren Kampf für ziemlich aussichtslos hält. Indes vorläufig hat noch, wie die letzten Tage gezeigt haben, die Kriegspartei die Oberhand. Nicht nur die militärischen und clerikalen, sondern selbst einflussreichere republikanische Organe, wie z. B. „El País“, „El Progreso“, „La Publicidad“, erklären sich für die Fortsetzung des Kampfes. Der „País“ meint sogar, der eigentliche Krieg hätte ja noch kaum begonnen, bisher wären noch die größeren Vortheile auf Spaniens Seite und nicht die Spanier könnten es deshalb sein, die um Frieden zu bitten hätten. Im übrigen schimpft man — sicherlich nicht mit Unrecht — über die Unfähigkeit des Ministeriums, fordert den Rücktritt Llanos's, des Kriegsministers, und räsonnirt nachträglich über die falsche Strategie Cervera's, der nicht nach Santiago, sondern nach Cienfuegos hätte gehen müssen.

Zum Theil erklärt sich diese die amerikanischen Erfolge unterschätzende Haltung der „besseren“ Presse aus der dem spanischen Nationalcharakter eigenen starken Dosis Optimismus oder aus allerlei historischen Traditionen, zum Theil hat sie auch ihren Grund in taktischen Erwägungen. Man möchte nicht gerne beide Kolonien, Kuba und die Philippinen, zugleich fahren lassen und hofft auf eine glücklichere Wendung des Krieges, die es Spanien ermöglicht, günstigere Friedensbedingungen, wie jetzt, zu erlangen. Die Philippinen wenigstens möchte man doch gerne für Spanien retten.

Dieser letztere Herzenswunsch ist es auch hauptsächlich, der die höhere Geistlichkeit zu ihrer Unterstützung der Militärpartei bestimmt. Schon immer hatten die feudal-militärischen und die feudal-clerikalen Kreise viele gemeinsame Verbindungspunkte, nun hat der Krieg die wahlverwandten Seelen noch enger zusammengeführt. Das vereinzelte Eintreten einiger in einem besonders bürgerlichen Milieu lebender Geistlichen, wie des Bischofs von Barcelona, für die Friedensbewegung kommt dieser Gesamthaltung des höheren Klerus gegenüber kaum in Betracht. Seit gegen Ende des 16. Jahrhunderts zuerst die barfüßigen Augustiner, dann die Franziskaner, die Dominikaner und die augustinischen Rekollekten auf den Philippinen Fuß faßten, haben sich dort nach und nach die Mönchsorden nicht nur aller höheren geistlichen Würden und des gesammten Unterrichtswezens bemächtigt, sondern, wie ohne Uebertreibung gesagt werden kann, auch die ganze Verwaltung der Kolonie unter ihren Einfluß gebracht und alljährlich einige Millionen an Einkünften aus der Bevölkerung herausgezogen. Mit dieser Herrlichkeit, fürchten sie, könnte es vorbei sein, wenn die Philippinen unter amerikanische Verwaltung kommen. Und darin mögen sie nicht unrecht haben; sie werden ihre Herrschaft verlieren, selbst wenn die Vereinigten Staaten — was jedenfalls das Gescheidteste wäre — sich vorläufig mit dem Protektorat über die Inselgruppe begnügen.

Daß auch die „Armee“, d. h. eigentlich das Offizierskorps, die Fortsetzung des Krieges wünscht, ist selbstverständlich. Das Ansehen der Generale ist durch die Erfolge, welche die zu Anfang des Krieges höhnisch verspotteten amerikanischen Waffen errungen haben, gerade nicht gestiegen, und so führt man das Bedürfnis, die Scharte auszuweken. Dann aber weiß auch die Militärpartei recht wohl, daß, wie immer die inneren Verhältnisse Spaniens in nächster Zukunft sich gestalten mögen, das Ende aller Wirren der Voraussicht nach die Militärdiktatur sein wird, sei es unter monarchischem oder unter republikanischem Deckmantel. Die vor einiger Zeit von der „Correspondencia Militar“ gemachte Aeußerung, einem unehrenhaften Frieden sei unbedingt die innere Revolution vorzuziehen, selbst wenn diese solche Dimensionen annehmen sollte, daß im Vergleich zu ihr die große französische Revolution nur eine „bescheidene Reuerei“ (un motin tolerable) gewesen sei, charakterisirt treffend die Denkweise jener Kreise.

Die Herren sind sich nur noch nicht ganz einig, wer sich besser für den Posten eines Vaterlandserretters qualifizirt: Martinez Campos oder Weyler. Der letzte gewinnt zusehends an Ansehen, jedoch dürfte Martinez Campos der nächste sein, der an die Reihe kommt. Hat er auch in bürgerlichen Kreisen wegen seines übermüthigen Auftretens wenig Anhang, so ist er doch, am Hof persona grata und steht beim Klerus gut angeschrieben, — und das ist etwas werth in Spanien.

Eine Macht, die der Militärdiktatur dauernden Widerstand entgegensetzen könnte, ist nicht vorhanden. Das Landvolk und die Arbeiterschaft stehen größtentheils unter dem Einfluß der Geistlichkeit, die Sozialisten haben nur in wenigen Industriezentren einen größeren Anhang und in den Reihen der Republikaner herrscht nicht das ausgesprochen demokratische, sondern das großbürgerlich-opportunistische Element vor. Sobald durch einen Aufstand ihre Vermögenslage irgendwie gefährdet erscheinen könnte, werden sie sich bis auf wenige Ausnahmen willig jeder Gewalt unterordnen, die ihnen Aufrechterhaltung der Ordnung garantiert. Weß Geistes Kinder sie sind, haben sie seit Beginn des Krieges zur Genüge bewiesen, und wer an ihrer Respektabilität zweifelt, der lese in der „Crónica internacional“ des Juli-Festes der angesehenen spanischen Revue „La España moderna“ die Besprechung der Mailänder Vorgänge und ihre Folgen von Emilio Castelar. Das ist Geist vom Geiste unserer Barth und Bamberger, mit einer Portion Frömmigkeit und Bourgeois-Republikanismus vermengt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Juli.

Kriegervereine und Sozialdemokratie. Die Thatsache, daß sehr viele Mitglieder der Kriegervereine sozialdemokratisch gewählt haben, ist den Machern dieser an sich nicht zu mißbilligenden, aber jetzt in den Dienst des schlimmsten Hurrahpatriotismus gestellten Vereinigungen sehr verdrießlich. Daher nimmt es nicht Wunder, wenn jetzt von hie und da über Maßregelungen von Kriegervereinen berichtet wird, die in den Verdacht gerathen sind, sozialdemokratisch gewählt zu haben. Aber auch die höchsten Spitzen der Kriegerverbände lassen ihrem Zorn freien Lauf. General v. Spitz, der Vorsitzende des Bundes, hat auf dem Abgeordnetentag des Kriegerbundes, der am 11. d. Mts. in Weiskensfeld tagte, von einer „guten Anzahl Heuchler und Verräther“ gesprochen, die in dem Vereine seien, aber unter falscher Flagge segeln und ausgeschlossen werden müssen. Aehnlich sprach sich auch Herr v. Bötticher, jetziger Oberpräsident der Provinz Sachsen aus.

Die Herren mögen sich nur nicht zu sehr ereifern. Sie sollten lieber dafür sorgen, daß nicht tausende und tausende deutscher Wähler durch moralischen und materiellen Zwang genöthigt werden, gegen ihre Ueberzeugung in die Kriegervereine einzutreten. Das allenthalben von den „Ordnungsmännern“ geübte System der Denunziationen und wirtschaftlichen Vernachlässigungen der politischen Andersdenkenden böte wahrlich ein sehr würdiges Objekt für die sittliche Entrüstung der Herren v. Spitz und v. Bötticher. Wenn Erzellenz Spitz und Erzellenz Bötticher hier Abhilfe schaffen wollten, dann bräuchten sie fürder nicht mehr über abtrümmige Mitglieder der Kriegervereine zu klagen. Aber dann würden diese Vereine auch zusammenschmelzen wie Schnee vor der Sonne.

Ohnmächtige Wuth. Die Ritter der Reaktion können sich nach dem Ausfall der Reichstagswahl gar nicht genug thun in wüsten Forderungen zur gewaltsamen Unterdrückung der Sozialdemokratie, die im geistigen Kampfe den Sieg über sie erfochten. Aenderung des Wahlrechts, Sozialistengesetz, das gehört so zum täglichen Repertoire dieser Leute; damit die Sache aber nicht gar zu eintönig werde, fordert die „Leipziger Zeitung“ jetzt einmal wieder die völlige Beseitigung der sozialdemokratischen Presse. Nachdem das sächsische Regierungsorgan ein Jammerlied angestimmt ob des „Giftes“, das die sozialdemokratische Presse verabreicht, fährt sie fort:

„Hier kann das Herausgreifen einzelner Aeußerungen durch den Strafrichter oder die nachträgliche und schon deshalb wirkungslose Beschlagnahme einzelner Nummern nichts nützen; nur die dauernde Unterdrückung dieser Blätter und aller Versuche, sie unter veränderter Firma oder mit Ueberschiebung von Strohmannern wieder aufzuhoben, kann dem Uebel Halt gebieten. Das vormalige Sozialistengesetz bot diese Handhabe in seinem § 11, in dem es die Landes-Polizeibehörde ermächtigte, das fernere Erscheinen von Druckschriften sozialistischer, den öffentlichen Frieden gefährdender Tendenz zu verbieten. Es scheint uns nicht, daß ohne Wiederaufnahme dieser Befugniß auf die Dauer auszukommen sein wird.“

Wir begreifen den Jammer des Leipziger offiziellen Organs. Wenn ein Blatt, das überhaupt nur durch die Steuergroschen des Volkes existiren kann, sehen muß, wie die Leser der sozialdemokratischen Zeitungen immer zahlreicher werden, die Leser der „Ordnungsblätter“ aber immer weniger werden, so ist das einigermaßen zum Verzweifeln. Das beste Mittel dagegen wäre, wenn die unangenehme Konkurrenz kurzer Hand von Gesetzes wegen aus der Welt geschafft würde.

Wir danken der „Leipziger Zeitung“ für ihre freundliche Absicht, uns den Hals umzudrehen. Wir verzichten ihr aber, wenn wir auch die Macht hätten, gegen sie solche Maßregeln anzuwenden, wie sie deren gegen uns vorschlägt, wir würden gern Hofes mit Gutem vergelten, wir würden die Herren gut und gern gegen uns schreiben und schimpfen lassen, denn dies Beschreibsel und Geschimpfe, das uns schädigen soll, nützt uns nur. Also nur so weiter! —

Eine Periode der Ausnahmegeetze, noch gewaltthätiger als sie bisher schon auf dem unglücklichen Italien lasteten, stellt das neue Ministerium in Aussicht. In der Sitzung der Deputirtenkammer am Montag hielt der Ministerpräsident Pelloux eine Rede gegen die „unsürzlerische Propaganda“, welche sich von den Reden, wie sie ähnlich geschiedte „Staatsmänner“ zu Duzenden bei ähnlichen Gelegenheiten gehalten hatten, in nichts unterschied. Vereine, welche „gegen den Staat konspiriren“ und „Klassenhaß zu erregen suchen“, betrachte die Regierung als außerhalb des Gesetzes stehend. Die Sozialisten seien verantwortlich für die Ausschreitungen der Anarchisten und die Aufstände. Herr Pelloux will aber auch eine Politik der Verhütung, um die materiellen und moralischen Leiden des Landes zu heilen. Ja, warum hat man eine solche Politik nicht schon längst getrieben, sondern immer nur versprochen? Dann hätte man die traurigen Ereignisse, den Aufstand und das Blutvergießen und die Genferarbeit der Militärgerichte vermieden! Auch das jetzige Ministerium will sein „Verhütungs“-Programm erst im November entwickeln. Das Bedrückungs-Programm aber ist schon jetzt fertig. Die Regierung fordert nämlich folgende zeitweilige Maßnahmen „zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“: 1. die Ratifikation des Belagerungszustandes, 2. die Wiederin Kraftsetzung des Gesetzes über das Zwangsdomizil, 3. die Verchiebung der administrativen Wahlen und 4. die Militarisirung des Eisenbahnpersonals. Und die bedientenbaste „Ordnungs“-Kammer hat natürlich nicht geögert, diese Politik der Brutalitäten zu unterstützen. Eine von dem Deputirten Caffisano eingebrachte Tagesordnung, daß die Kammer die Erklärungen der Regierung billige und zur Verathung der einzelnen Artikel der Vorlage übergehen wolle, wurde in namentlicher Abstimmung mit 206 gegen 40 Stimmen angenommen.

Durch Ausnahmegeetze und Vernachlässigung seiner materiellen Wohlfahrt hat man das Volk zur Verzweiflung getrieben. Der Ausbruch der Verzweiflung soll nun durch vermehrte und verschärfte Ausnahmegeetze unterdrückt werden. Noch immer haben die italienischen Staatsleiter nichts von dem bekannten Wort ihres Cabour begriffen: Mit dem Belagerungszustand kann jeder Gabel regieren. Freilich, mit dem Belagerungszustand reißt diese „Staatsmänner“ auch ihr Volk und ihr Vaterland immer tiefer ins Unglück und ins Verderben.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten. Unsere heutige Notiz über dieses Thema hat die vollste Bestätigung durch Herrn White, den Gesandten der Vereinigten Staaten in Deutschland, gefunden. Dieser Herr — Diplomat sagen wir nicht, weil dieses Wort für einen Bürger der Vereinigten Staaten beleidigend ist, — dieser Herr, dessen Ernennung auf Wunsch der deutschen Regierung erfolgt ist, weil er für Deutschland und deutsches Wesen besondere Sympathien hegt, mußte sein Bedauern darüber ausdrücken, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika nicht sind, was sie sein sollten. Er erkannte natürlich, wir auch wir das gethan haben — die formelle Korrektheit der deutschen Regierung an, stellte aber die bedauerliche Thatsache fest, daß in Deutschland sich eine gereizte, feindselige Stimmung gegen die Vereinigten Staaten herausgebildet habe. Obgleich dies in sehr ruhiger und nach allen Seiten hin schonender Sprache bei einer Feier des amerikanischen Unabhängigkeitstages (am 4. Juli) dargelegt ward, so haben doch unsere hauswirthschaftlichen Rowdyblätter, das Hamburger Ober-Rowdyblatt voran, die Rede des amerikanischen Gesandten zur Gleichheit bodenloser und giftiger Angriffe gemacht. Herr White — so meint man — hätte doch sagen sollen, daß die Vereinigten Staaten das deutsche Volk gereizt und beleidigt hätten, die deutsche Presse habe bloß abgewehrt. Diese Forderung ist jedoch unberechtigt. Die ersten Angriffe und Herausforderungen erfolgten durch unsere Herren Agrarier, welche die große transatlantische Republik mit zweifachem Haß bedröhen, erstens weil sie Republik ist und zweitens weil sie der Welt billiges Brot und Fleisch liefert — und welche um jeden Preis einen Zollkrieg mit Amerika herbeiführen wollen, weil sie dann dem deutschen Volk Hungersnoth-Preise erpressen und den Großkonsumwucher noch weit profitabler betreiben können als jetzt. Einzig die Begehrlichkeit unserer Agrarier trägt die Schuld an der Verbitterung zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten, und da unsere Regierung in ihrer hilflosen Schwäche gegenüber den Junkern, von denen sie hypnotisirt wird wie ein Vogel von der Schlange, den junkerlichen Nummerhatten nachgegeben hat, so kann auch sie von Schuld nicht freigesprochen werden.

Schon im Interesse des Friedens ist es notwendig, daß wir uns die Junker vom Hals schaffen und die wuchernden Parasiten beseitigen, welche, wie der hinterlistige Epheu den lebendigen Baum, auch der kräftigsten Staatsorganismus allmählig zu Grund richten, ja tödten müssen.

Bei dieser Gelegenheit noch eine Frage an unsere Kasernenpolitiker und Paradeherrn-Abster: Haben sie nun gelernt, daß diese Vereinigten Staaten, die gar kein stehendes Heer und eine lächerlich kleine Friedensmarine haben, im Ernstfall eine kolossale Wehrkraft entwickeln können? —

Und sollte — was wir nicht hoffen — der jetzige vergleichsweise geringfügige Ernstfall sich zu einem größeren und existiren erweitem, so würden unsere Herren Kasernenpolitiker merken, daß die Wehrkraft eines freien, durch den bewaffneten Frieden nicht erschöpften Volkes, der unserer sogenannten Militärstaaten nicht nur gewachsen, sondern auf die Dauer sogar weit überlegen ist. —

Das Ideal der „Post“. Die Ausnahmegegebung, welche jetzt in Italien betrieben wird, ist natürlich ganz nach dem Gefallen derer um Stamm.

Seit langen Jahren ist es nicht mehr vorgekommen, daß ein Ministerpräsident in so kurzer und doch treffender Weise den meistenten Abgrund gekennzeichnet hat, der die Umsturzpartei von den Parteien der bürgerlichen Gesellschaft trennt.

Man schide doch die Hohenlohe, Pilsow und selbst den Posa-dowsky in andere Länder und tausche dafür ein Militäregiment à la Pellouz ein.

Es klingt ordentlich ein Bedauern durch die Worte der „Post“, daß bei uns so ganz und gar kein Aufstand und Revolutionen kommen wollte!

„Der neueste Kurs“ wird bekanntlich von niemanden so grümmig gehaßt, wie von dem Ex-Reichsfänger in Friedrichsruhe; und es ist daher nicht zum verwundern, daß alles was „unter dem neuesten Kurs“ vor sich geht, keine Gnade vor den Augen des betreffenden Herrn findet.

Der Erlaß des Herrn von Poddieleski wird gegenwärtig den Beamten und Unterbeamten amtlich zur Kenntnis gebracht, und haben das durch Unterschleif eines Reverses zu beschleunigen.

Vorgeladen erscheint d. . . . um von dem vorstehenden Erlaß Kenntnis zu erhalten. Nach erfolgter Verlesung erklärt d. . . . : ich habe den Inhalt wohl verstanden.

Dieser feierliche Akt wird ja die Beamten, die sich bisher noch nicht um die Sozialdemokratie gekümmert haben, zum Nachdenken veranlassen, was es denn eigentlich mit der also eifrig beschiedenen Partei auf sich habe.

Sehung des Jüderverbrauchs predigen mit einem Male bei allen Gelegenheiten unsere Jüderfabrikanten, die bisher den deutschen Konsum künstlich zurückgehalten haben, indem sie ihre Prämienlast aufbringen ließen.

Das hat nun den Fabrikbesitzer Engel-Magdeburg auf den erhebenden Gedanken gebracht, die Kriegervereine zur Eröberung eines ausgedehnten Absatzmarktes gegen den inneren Feind, die verdammte Bedürftigkeit, mobil zu machen:

„Ich sehe als altgedienter Landwehroffizier an der Spitze zweier großer Kriegervereine in Magdeburg und da ist es mir eine große Freude, wenn es Weihnachten ist und ich Zucker beschaffen kann.“

„Ich schlage vor, eine Empfehlung des Jüders an die Vorstehenden der Kriegervereine im ganzen Deutschen Reich zu geben und ihnen aus Herz zu legen, daß sie für Jüdergenuß Sorge tragen.“

Herr v. Spitz hat sich gewiß selber von diesem ehrenvollen Auftrage nichts träumen lassen und auch unsere Kriegervereine werden mit gerechtem Staunen hören, daß sie in Zukunft, mit Jüderhügeln ausgerüstet, für den heimlichen Ader kämpfen sollen.

Herr Dr. Schütz, Fabrikbesitzer in Sulzow, rühmte wiederum die Wohlthätigkeit als ein einträgliches Geschäft:

„Wir werden angegangen für Krankenhäuser, für Wohlthätigkeitsbänke, für allerlei ähnliche Unternehmungen beizusteuern. Ich habe früher wie alle anderen Geld gegeben.“

So lange die Jüderindustrie das Prämiengift im Leibe hat, wird sie wohl noch manchen solchen tollen Kengsteymung thun. Das Hebel an der Wurzel anzufassen und kurzweg die Aufhebung der Prämien zu verlangen, dazu hat sie freilich noch immer nicht den Mut.

Die Agrarier an der Arbeit. Nicht bloß mit den Vereinigten Staaten, auch mit Rußland sind durch die agrarische Begehrlichkeit unangenehme Mißverständnisse erwachsen.

Herr Frese, der Abgeordnete für Bremen, ist gleich seinem Parteigenossen Nidert, Mitglied der deutschen Kolonialgesellschaft geworden, welche die weitgehende Kolonial- und überseeische Marinepolitik verfolgt.

Der Ruf nach einer Aenderung des Reichstags-Wahlrechtes, so schreibt ganz zutreffend die „Allg. Volkstz.“, wie er jetzt wieder mit neuer Kraft in der mittelparteilichen Presse ertönt, wird nacheinander langweilig.

Von der „Industria“. Wie die „V. R.“ hören, haben verschiedene große wirtschaftliche Vereinigungen, wie der Zentralverband deutscher Industrieller und der Zentralverein der deutschen Lederindustrie es abgelehnt, der vom „Munde der Industriellen“ gegründeten Versicherungs-Aktiengesellschaft gegen Verlust durch Arbeitslosigkeit beizutreten.

Prämien für Entdeckung von Eisenbahnschäden. Dem preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten sind neuerdings der „D. Versicherungs-Ztg.“ zufolge die im preussischen Staatsbahnbereich gültigen Vorschriften über Gewährung von Prämien für Entdeckung betriebgefährlicher Schäden und für Abwendung drohender Betriebsgefahren umgearbeitet worden.

Mißstände im Theehandel. Es besteht die Absicht, angefaßt gewisser Mißstände, die im Theehandel hervorgetreten sind, gemäß § 5 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes folgende Bestimmungen zu erlassen:

Herr Stöcker sagt die Wahrheit — das ist an sich schon bemerkenswerth. Und er sagt sie seinen Freunden, den Konservativen, das ist doppelt bemerkenswerth.

„Wir können in diesen Ton nicht einstimmen, sondern finden, daß die inneren deutschen Verhältnisse, die an sich schon schlimm genug sind, eine merkbare Verschlechterung erfahren haben.“

Es ist wahr, daß sie durch wieder Arme gehalten wird. Ohne die Krisen der anderen Parteien könnte sie weder stehen noch gehen. Die Sozialdemokratie auf der einen Seite, die bürgerliche Gesamtheit auf der anderen Seite haben ihr helfen müssen.

Der Herr Stöcker hat sich gewiß selber von diesem ehrenvollen Auftrage nichts träumen lassen und auch unsere Kriegervereine werden mit gerechtem Staunen hören, daß sie in Zukunft, mit Jüderhügeln ausgerüstet, für den heimlichen Ader kämpfen sollen.

Ländern der Erde unter dem Umsturz selbst. Warum das? In Deutschland sind es vor allem evangelische Landesherrn, welche die eig- und Stützpunkte der Sozialdemokratie bilden.

„Ein argen Täuschung und groben Unwahrheit zeigt uns die „Staatsbürger Zeitung“. Wir hätten in dem Verzeichniß unserer Fraktionsmitglieder viele derselben als Arbeiter und Handwerker hingestellt, während sie zum größten Theil in Wahrheit keine Arbeiter und Handwerker seien.“

Die Verantwortlichkeit des Zeitungverlegers spielte in einem Prozeß gegen die „Kölnische Zeitung“ eine seinerzeit sehr besprochene Rolle. Es handelte sich um eine Beleidigung des früheren Landtagspräsidenten v. Köller.

Die Verantwortlichkeit des Zeitungverlegers spielte in einem Prozeß gegen die „Kölnische Zeitung“ eine seinerzeit sehr besprochene Rolle. Es handelte sich um eine Beleidigung des früheren Landtagspräsidenten v. Köller.

Die Verantwortlichkeit des Zeitungverlegers spielte in einem Prozeß gegen die „Kölnische Zeitung“ eine seinerzeit sehr besprochene Rolle. Es handelte sich um eine Beleidigung des früheren Landtagspräsidenten v. Köller.

Die Verantwortlichkeit des Zeitungverlegers spielte in einem Prozeß gegen die „Kölnische Zeitung“ eine seinerzeit sehr besprochene Rolle. Es handelte sich um eine Beleidigung des früheren Landtagspräsidenten v. Köller.

Die Verantwortlichkeit des Zeitungverlegers spielte in einem Prozeß gegen die „Kölnische Zeitung“ eine seinerzeit sehr besprochene Rolle. Es handelte sich um eine Beleidigung des früheren Landtagspräsidenten v. Köller.

Table with 4 columns: Category, 1890, 1893, 1898. Rows include Wahlberechtigte, Abgegebene Stimmen, Konservativ Partei, Reichspartei, Nationalliberale, Antisemiten, Sozialdemokratie, Unbestimmt.

Unter den „Unbestimmten“ befindet sich 1898 der als Abgeordneter für den 15. Wahlkreis gewählte Herr Hoffmann, der noch keiner Fraktion beigetreten ist.

Das bedeutendste Ergebnis der Wahl in Sachsen liegt darin, daß die Sozialdemokratie nunmehr bis auf ein geringes die Hälfte aller Wählernden auf sich vereinigt hat.

Wahlagitation in der Schule. Folgender höchst seltsame Fall wird uns aus Dresden berichtet:

Ein Lehrer in der Dorfgemeinde Reßch bei Dresden, ein noch sehr junger Mann, gab seinen 12jährigen Schülern vor der Wahl in der Schule während der Unterrichtsstunden „Aufklärung“ über die Parteistellung der Wahlkandidaten.

Ein Bauarbeiter-Krawall in Lötian bei Dresden giebt der bürgerlichen Presse wieder eine erwünschte Gelegenheit, in Klagen und Entstellungen zu arbeiten und gegen die sozialdemokratische Partei zu hetzen.

Der Herr Stöcker hat sich gewiß selber von diesem ehrenvollen Auftrage nichts träumen lassen und auch unsere Kriegervereine werden mit gerechtem Staunen hören, daß sie in Zukunft, mit Jüderhügeln ausgerüstet, für den heimlichen Ader kämpfen sollen.

blutige Verletzung eines Maurers von den Schüssen betrieht. Die aufs höchste erregten Arbeiter führten sich nun auf den Polier und bearbeiteten ihn arg mit Häufen, Schirmen und Stöcken, so daß er bestimmungslos und mehrfach verletzt liegen blieb. Er wurde später aufgehoben, ärztlich untersucht und verbunden. Seine Verletzungen sollen nicht gefährlich sein. Auch von den Bauarbeitern wurden einzelne blutig geschlagen.

Die „Sächs. Arb.-Ztg.“ mitteilt, sollen bereits 30 Personen in Haft genommen sein. Die gegnerische Presse, die ihr mögliches ihm, den bedauerlichen Vorfall zu entstellen und den Verhafteten zu schaden, hat kein Wort des Tadelns für den schließlichen Polier, den eigentlichen Veranlasser der Schlägerei.

Ungarn.

Budapest, 12. Juli. Wegen Entlassung von Arbeitern beschloßen die Sozialisten, vier der ersten ungarischen Aktienbrauereien zu boykottieren. —

Franreich.

Die Dreifus-Frage ist durch die Erklärungen des Kriegsministers Cavaignac und den Kammerbeschluss keineswegs zur Ruhe gekommen. Vielmehr hat die Erklärung Cavaignacs gerade Anlaß zu neuen Zweifeln gegeben. Aus verschiedenen Quellen verlautet jetzt sogar, daß die deutsche Regierung sich mit der Sache energischer befassen und den Schlichter zurechtweisen wolle, welcher diese Angelegenheit umgibt. Aus Paris meldet ein Herold-Telegramm vom 12. Juli: Der Minister des Aeußern und der Ministerpräsident wurden von der deutschen Regierung halbamtlich dahin verständigt, daß volles Licht in der Dreifus-Angelegenheit geschaffen werden könne, ohne daß auch nur einen Augenblick die guten Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland beeinträchtigt würden.

Diesen Gerüchten gegenüber ist allerdings zu bemerken, daß ähnliche Mitteilungen schon in früheren Stadien der Angelegenheit verbreitet wurden, ohne richtig zu sein.

Weiter wird aus Paris gemeldet: Dreifus' Vertheidiger Demange richtete an den Justizminister Carrien ein Schreiben, in welchem er bezeugt, daß von den von Cavaignac in der Kammer verlesenen Schriftstücken weder ihm noch Dreifus Mitteilung gemacht worden sei, und daß sie nur von dem Vordereur kenntlich hatten. Demange legte seinem Schreiben eine Kopie von Dreifus bei, in welcher dieser von einer Zusammenkunft erzählt, welche er am 31. Dezember 1894 mit dem Kommandanten du Paty de Clam hatte, und in der er erklärte, daß er unschuldig sei, und ferner von einer Zusammenkunft, infolge deren er an den Kriegsminister schrieb, indem er seine Unschuld behauptete und den Minister bat, Untersuchungen anzustellen.

Man mag über die Schuld des Dreifus denken wie man will, die Unrechtmäßigkeit des kriegsgerichtlichen Verfahrens steht absolet fest. —

Paris, 12. Juli. Der Ministerrath beschloß die Verfolgung des Obersten Picquart wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses, sowie des Advokaten Leblois als Mitschuldigen. —

Paris, 12. Juli. Major Verliog, der Gegenkandidat des früheren Arbeitsministers Turrel, dessen Wahl für ungültig erklärt wurde, erneuerte bei der Staatsanwaltschaft in Karbonne seine bereits einmal abgewiesene Strafanzeige gegen Turrel wegen Hinterziehung amtlicher Dokumente. —

Paris, 11. Juli. Deputiertenkammer. Das Haus nimmt einen Gesetzentwurf an, betr. vier Arten direkter Steuern. Der Deputierte Cochin befragt den Minister des Aeußern Delcassé in betreff der Entschädigungen, die für die während der Unruhen in Armenien geschädigten Franzosen geltend gemacht worden sind. Delcassé erwidert, er habe erst am Sonnabend die Pforte wissen lassen, daß die erhobenen Ansprüche nicht länger unerledigt bleiben könnten.

Paris, 11. Juli. (Fig. Ver.) Die Haltung der sozialistischen Kammerfraktion in der letzten Dreifus-Debatte ist von der Gruppe der kollektivistischen Studenten, welche der Organisation der gewerkschaftlichen Arbeiterpartei angehört, in folgender Resolution gekennzeichnet worden: „Die Gruppe . . . schmerzlich betroffen durch die Haltung der 23 Sozialisten, die mit den Herren Viviani und Millerand an der Spitze es für nötig erachtet haben, mit ihrem Votum den elenden Erfolg eines Ministers, der Kalat des Generalstabes ist, zu erhöhen; insbesondere beklagt durch das Votum der Abgeordneten der französischen Arbeiterpartei (diese haben förmlich für den Maueranschlag der Rede Cavaignacs gestimmt), — drückt ihre Heberausung aus dem Herrn Leblois, einem ehemaligen Mitglied der Gruppe der kollektivistischen Studenten, der sich nicht gescheut hat, durch sein Votum sich mit den schändlichsten Feinden des Proletariats solidarisch zu erklären; entbietet dem Bürger Jaurès den Ausdruck ihrer glühenden Sympathie und versichert ihn ihrer ganzen Verwunderung für die von ihm mit unvergleichlichem Muthe geführte Kampagne; und spricht den Wunsch aus, es möge unverzüglich eine allgemeine Verammlung aller kämpfenden Mitglieder der sozialistischen Organisationen von Paris einberufen werden, und dergleichen in der Provinz, um die Abgeordneten auf ihre sozialistische Pflicht aufmerksam zu machen, die sie keinmal parlamentarischen Rücksichten unterordnen und von welcher sie übrigens einen sehr unzulänglichen Begriff zu haben scheinen. Wieder mit dem Militarismus! Hoch die soziale Revolution!“

Jaurès fordert seinerseits wiederholt die sozialistischen Vorkämpfer, das Klassenbewußte Proletariat auf, sich endlich zu ermannen, das von allen bürgerlichen Parteien fallen gelassene Banner der Gerechtigkeit und der Freiheit aufzuheben. Wird sein Ruf nicht wirkungslos verhallen? . . .

In den Gemeinden von Saint-Ouen und Malakoff (bei Paris) haben die Sozialisten am 10. Juli Wahlerfolge erzielt. In Saint-Ouen schlug der sozialistische Kandidat den zurückgetretenen ordnungsparteilichen Bürgermeister, der sich einer Wiederwahl unterziehen mußte infolge seiner Niederlage bei den Kammerwahlen. In Malakoff, wo sieben Gemeinderathssitze erledigt waren, wurden sechs Sozialisten und nur ein opportunistisch-radikaler Kandidat gewählt. Damit erlangen die Sozialisten die Mehrheit im Gemeinderath.

Zu vorsehender Korrespondenz haben wir zu bemerken, daß die sozialistische Fraktion der französischen Kammer, weil die Meinungen über den Dreifus-Fall getheilt sind, den Beschluß gefaßt hat, die Sache nicht als Parteisache aufzufassen, sondern jedem Fraktionsgenossen die Stellungnahme freizugeben. (Red. d. „B.“)

Italien.

Rom, 11. Juli. Nach Privatnachrichten aus Neapel, welche von Massano aus befähigt werden, steht Kapitän Cicco di Cola seine Verhandlungen mit Menelli, betreffe die Südgrenze von Crivillara fort. Die Verhandlungen nehmen einen auf beiden Seiten befriedigenden Fortgang, wenn sie auch mit der üblichen Langsamkeit geführt werden. —

Afien.

Vom Bau der nordchinesischen Bahn. Der Vorking Korrespondent der „Times“ meldet: Ich habe die chinesische Nordbahn, welche von Taku, dem Hafen für Peking, nach Kiutschuang in das Reich der russischen „Einkaufsbare“ geführt werden soll, besichtigt. Die Erdarbeiten sind bis Kinshou (100 engl. Meilen nördlich von der Großen Mauer) fertig.

Die Angelegenheit dieses Bahnbaues und die nach Zeitungs-meldungen gegen den Bau von russischer Seite erhobenen Proteste kamen am Montag im englischen Unterhaus zur Sprache. Milward fragte an, ob die Regierung eine Bestätigung der Nachricht erhalten habe, daß die russische Regierung angeblich den Bau der Kiutschuang- und die Ausdehnung der Peking- und Taku-Eisenbahn durch von der Hongkong-Shanghai-Bank entliehenes Kapital beanstandet und mit Entschädigungsansprüchen gedroht habe; ob ferner eine solche Beanstandung darauf hindeute, daß die russische Einkaufsbare nun endgültig geworden sei und andere abschließende und ob ein solches Vorgehen Auslands eine Veränderung der bisherigen Politik Englands veranlassen werde. Curzon erwiderte, der Gesandte Macdonald meldete telegraphisch,

der russische Geschäftsträger Pawloff habe nicht solche Drohungen, wie sie die Blätter meldeten und auf welche die Anfrage hindeute, in Anwendung gebracht. —

Der Aufstand in Sibirien. Aus Hongkong wird den „Times“ vom Montag gemeldet: Am Sittang dauern die Unruhen fort. Der oberste Beamte von Pagan, welcher einen Preis auf die Gefangennahme eines Rebellenführers ausgesetzt hatte, wurde selbst von letzterem gefangen genommen und lebendig verbrannt; seine Familie wurde umgebracht. Vom Fluße werden verschiedene Fälle von Seeräuberei gemeldet. —

Amerika.

New-York, 1. Juli. (Fig. Ver.) Die hiesige deutsche bürgerliche Presse befolgt noch immer die Taktik, die Entwidlung der sozialistischen Bewegung in Deutsch-land zu verkleinern, indem sie mit Behagen den Verlust der elf Wahlkreise vermeldet, die im verflochtenen Reichstag sozialistisch vertreten waren und uns nun durch die Vereinigung der „einen reaktionären Masse“ entrisen worden sind. Da wir wissen, daß es sich in diesen Kreisen nur um einen geringen Vorsprung der vereinten Gegner handelt, wir also dessen sicher sind, daß uns die nächsten Wahlen auch dort wieder den Sieg bringen werden, so lassen wir uns durch diesen Verlust nicht die Freude an dem übrigen Resultat stören: 56 Mandate und, was ja die Hauptsache ist, ein Gewinn von rund 340 000 Stimmen. Das macht aufs Jahr 65 000 neue Mitstreiter, während die Seeresolge der übrigen Parteien (allen Ansichten nach die ultramontane eingeschlossen) immer mehr zusammenschmilzt. Nur so fortgefahren!

Wie bekannt, hatten sich f. z. die hiesigen Anarchisten wohlwollend der Debs'schen neuen Partei zugewendet, zum Theil sogar derselben angeschlossen, weil sie die Hoffnung hegten (gleichwie die Separatisten unserer Partei bezüglich der „Peoples Party“), daß sich dieselbe „weiter entwickeln“ und schließlich in ihr Fahrwasser gelangen werde. Selbst Hans Most, welcher seiner Erklärung nach bis dahin allen derartigen neuen Bewegungen „ablehnend“ gegenüber gestanden hatte, war ganz entzückt; aber wohl weniger, weil er wirklich jene Hoffnung theilte, als wegen des Abbruchs, den dadurch vermeintlich unsere, die sozialistische Arbeiterpartei erleiden würde. Mit dieser dicken Fremdbchaft ist es nun vorbei. Die Chicagoer „Arbeiterzeitung“ hat sie schon aufgefaßt, nachdem auf der Konvention der ausgeschiedenen „Gruppe Debs“ (als welche im Grunde genommen übrigens eher die andere Richtung zu bezeichnen ist, da D. dieselbe ja durch die einseitige Vertreibung des Kolonisation-Projekts selbst ausgepöppelt hat) das „den Sozialisten Deutschlands abgequollte“ (?) Programm beschlossen worden war.

Da andererseits die Soz. Arbeiterpartei unter dem anglo-amerikanischen Element rapide Fortschritte macht, so daß dasselbe voraussichtlich auf der nächsten Konvention der Partei eine hervorragende Stellung einnehmen wird, so ist mit ziemlicher Gewißheit anzunehmen, daß die „S. D. of A.“ die letzte „Side Show“ in der amerikanischen Arbeiterbewegung sein wird!

Falls die Kolonisationsrichtung jener Partei nicht über „besondere Hilfsmittel“ verfügt, dürfte sie ja schon sehr bald vom Schauplatz abtreten; nach dem auf der Konvention vom Kolonisationskomitee erstatteten Finanzbericht betragen nämlich die Einnahmen 2421 Doll., denen Ausgaben im Betrage von 2388 Doll. gegenüberstehen, so daß nur 33 Doll. „an Hand“ sind, also ein knapps Wochengehalt für den hauptsächlichsten Vertreter des Projekts, den etwas verunthönten „Colonel“ Hinton. — Zur selben Zeit, als die Majorität der „S. D. of A.“ sich für ausschließliche Vertreibung des Kolonisationsprojekts erklärte, ging eine sehr trübselige Schilberung über das größte in der neueren Zeit ausgeführte derartige Unternehmen durch die Presse, nämlich die von Bellamy ins Leben gerufene (notabens auf ehrlischer Waise ruhende) Kolonie am Puget-Sund im Staate Washington, in welcher derselbe den größten Theil seines, aus dem in großen Auflagen herausgegebenen Buche „Looking backward“ gewonnenen Vermögens angelegt hatte. Ein großer Theil der dortigen Kolonisten möchte gern wieder fort, da sie das mäßige und kümmerliche Dasein satt haben, wenn sie nur die nötigen Mittel aufstreiben könnten; die übrigen schiden sich resignirt darein und trösten sich damit, daß sie doch ihre „eigenen Herren“ sind und nichts mit „ausbeutenden Völkern“ zu thun haben. Zudem hungere es sich in der Kolonie nicht schlecht, wie anderwärts. Und dieses Unternehmen war dazu bestimmt, der Ausbreitung des Bellamy'schen „Nationalismus“ als Grundlage zu dienen!

Die als „Phillips-Bill“ bekannte Gesetzesvorlage, welche im vorigen Kongreß liegen blieb, im neuen aber wiederum zur Vorlage gelangte und welche die Einsetzung einer Kommission für die Dauer von zwei Jahren zur Untersuchung der industriellen und ländlichen Verhältnisse“ bezweckt, ist von beiden Häusern des Bundeskongresses angenommen worden, nachdem die Bestimmung eingefügt worden war, daß der aus dem Kongreß-Abgeordneten zu wählende Theil der Mitglieder (die nach der ursprünglichen Vorlage unentgeltlich zu fungieren hatten) das für die übrigen Mitglieder angelegte Gehalt von 3 600 Doll. jährlich ebenfalls beziehen sollen, falls sie aus dem Kongreß ausscheiden oder nicht wieder in denselben gewählt werden. Aus den Kreisen der „Arbeiter“ sollen in die Kommission fünf Mitglieder gewählt werden, und es befinden sich gegenwärtig über 50 unserer „Ladit Jaktis“ in Washington, welche das Pöfchen erfassen möchten.

Partei-Nachrichten.

Vom Harze. Der kleine „Schwubblari“, ein Formerlehrling auf den königlichen Eisenwerken Rothebütte, hatte in einer Wette 5 Pfennige gewonnen, und sich dafür zum Frühstück — Leberwurst gekauft. Die Schlächtermeisterin hatte dem Sieger einen tüchtigen Stempel gegeben, und er hatte die Wurst eben schon auf sein Frühstückstbrot geschmiert — da bemerkte ihn der Vergarath. Was für Ackersbraten König Stumm ist, das ist für Rothebütte der Vergarath Schultheiß. „Was hast Du heute zum Frühstück?“ fragte der Bestrenger. — „Schmalzfleisch, Herr Vergarath“ log unser Junge. „Zeig mal“ — der Vergarath klappte das Brot auseinander und sah nun die Verschönerung. — „Läusenfett und Leberwurst“ — doppelte Traktament! Und dann wird über Roß gesagt. — „Unerhör!“ sagte der Herr Vergarath zu seinem Begleiter, einem revidierenden Geheimrath aus Berlin. Der Berliner erwiderte nichts, ein eigenthümliches Lächeln flog über das intelligente Gesicht des Spree-Arteners. — Zwei Tage später war Stichwahl. Der Sozialdemokrat B. Wille hatte bei der Hauptwahl 28 Stimmen erhalten, diesmal erhielt er 70 Stimmen, dazu noch 17 Ungültige von 140 abgegebenen. — Ohne Verammlung — ohne Vorträge — nur durch den Herrn Vergarath. — Ja, die Leute in Rothebütte haben sich auch eine schöne Kapelle erbaut, um ihren Gottesdienst im Dorfe abhalten zu können. Wer aber gab das Geld dazu? — Früher hatten sowohl die Hausbesitzer, als auch die Reichsbewohner eine Vrenndelberechtigung.

Diese Berechtigung wurde vom Staate abgelöst. Die Hausbesitzer erhielten eine mächtige Summe Geld ausbezahlt, und das Geld für Inzulivneuhöler wurde zum Kapellbau verwendet. Am kostet aber so eine Kapelle viel Geld, — und da müssen nun die Leute, namentlich die kleinen Hausbesitzer kräftig berappen. — Und das thaten sie ja auch gern — die braven, — aber wo hernehmen? Der Vater Staat läßt einen gewöhnlichen kräftigen Arbeitermann täglich 2 M. verdienen. Maurer und Zimmerleute bringen es auf 2,40 M., Former und Schloffer, alles königliche Arbeiter, verdienen in Harz täglich 2—3 M. Davon geben aber ab die Beiträge zur Knappschafftskasse, welche von Jahr zu Jahr steigen. Die guten Leute finden nun, daß die Kirche einen guten Nutzen hat und viel beitragen kann. Ja, — um ihr Geld vor dem Creator zu retten, erwogen sie den Gedanken: aus der Landeskirche auszuscheiden — und bestellten in Berlin — Anstaltformulare! — Was will das werden? Wo ist der „bergederjende“ fromme Glaube geblieben, der da sagte:

Ich bin nur ein Gast auf Erden,
Oben ist mein Vaterland,
Wird die Welt zerstört werden
So geht an mein Ehrenstand.

Unser Offenbacher Parteiblatt erscheint seit Beginn dieser Woche in neuem Gewande; die etwas sehr stark abgenutzte Schrift ist durch neue ersetzt worden. Aber auch sonst werden, wie die Redaktion versichert, weitere Verbesserungen und Erweiterungen Platz greifen.

Todtenliste der Partei. In Hannover starb am Montag der Parteigenosse Karl Kutsche, der schon unter dem Sozialisten-Gesetz erigist für die Partei thätig war und jetzt im 15. hannoverschen Wahlkreise kandidirte. Genosse Kutsche hatte sich bei einem Sturze gefährliche Schnittwunden am Bein zugezogen, denen er nach einigen qualvollen Tagen im Krankenhaus erlegen ist. Wie der hannoversche „Volkswille“ mittheilt, ist Blutergiftung hinzugegetreten. Der Tod unseres Genossen, der in der Blüthe seiner Jahre stand, er war erst 37 Jahre alt, trifft sowohl die Partei wie seine Familie aufs schwerste. Seine Gattin, selbst schon längere Zeit leidend, sollte am selben Tage zur Erholung aufs Land, statt dessen steht sie nun mit ihren drei umwundigen Kindern trauernd am Todtenlager des ihr so plötzlich durch den Tod entrisenen Gatten. Die Theilnahme aller Parteigenossen dürfte ihr gewiß sein.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— **Beleidigt** haben soll Genosse Leben in Gera den Ritterguts-Pächter Lang in Ratmburg, auch soll Leben die Arbeiter des Lang „verhetzt“ haben durch eine Rede. Auch wegen der Beleidigung hat der Staatsanwalt „im öffentlichen Interesse“ Anklage erhoben. —

— **Wegen Beleidigung von Schulleuten** stand dieser Tage der Redakteur der „Unterfränkischen Volkstribüne“ vor dem Schwurgericht zu Würzburg. Er hatte Würzburger Gesetzwächtern in zwei Fällen Mißhandlungen von Arrestanten vorgeworfen. Er erzielte durch die Zeugenaussagen seine Freisprechung. —

— **Gen. Kehler**, Redakteur der Mainheimer „Vollstimme“, wurde vom bürgerlichen Schöffengericht zu vier Wochen Gefängnis verurtheilt. Er soll einen Arzt beleidigt haben durch den Vorwurf, daß er seine Berufspflichten vernachlässigt habe, indem er trotz dreimaliger Aufforderung zu einer ihrer Entbindung entgegensehender Frau nicht gegangen sei. Berufung ist eingelegt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Bauschler! In verschiedenen Zeitungen werden nach Lindow i. d. M. für Müde's Werke Gesellen auf Bau für dauernde Arbeit gesucht, dagegen jedoch die dort beschäftigten sämtlich entlassen, weil sie sich erlaubten, ganz geringfügige Verbesserungen im Betriebe zu verlangen. Es wird deshalb gebeten, den Jüngern streng fernzuhalten. Die Bevollmächtigten.

Deutsches Reich.

Im Deutschen Holzarbeiter-Verband besteht die Einrichtung von Agitationskommissionen, welche über das ganze Reich vertheilt, die Agitation für Gewinnung von Mitgliedern zu betreiben haben. Es sind bereits zur Zeit 21, welche nach einem jetzt erschienenen diesbezüglichen Bericht im Jahre 1897 eine Gesamteinnahme von 8326,81 M. und eine Gesamtausgabe von 8426,22 M. zu verzeichnen hatten. An erster Stelle steht der Bezirk Dresden mit 1724,22 M. Einnahme und 2217,53 M. Ausgabe, der Bezirk Provinz Brandenburg verzeichnete 254,94 M., während die Ausgabe 213,17 M. betrug. In den Gesamteinnahmen kommt ein Klassenbestand vom vorigen Jahre im Betrage von 2728,50 M. hinzu. Der Bericht konstatiert einen bemerkenswerthen Fortschritt der Wirksamkeit dieser Kommissionen gegen das Vorjahr.

Die Abrechnung des Verbandes der Zimmerer weist für das I. Quartal 1898 neben einem Bestand von 56 630,92 M. eine Gesamteinnahme von 77 611,07 M. auf; dieser Summe steht eine Gesamtausgabe von 29 954,76 M. gegenüber, hierunter figuriren Streifenunterstützungen mit 11 033,16 M., für Agitation 1783,25 M., für das Verbandsorgan 8018,07 M., Beitrag für die General-Kommission (IV. Quartal 1897) 478,14 M. An Gehälter wurden 900 M., für Hilfsarbeiter und Vertretung des Vorsitzenden 523,25 M. gezahlt.

Der Streik bei Schraeg in Rostock ist dank der Einigkeit der dort arbeitenden Steinmetzen beendet; die Arbeitseinstellung dauerte gerade 11 Stunden.

Der Streik der Lübecker Bauarbeiter scheint größere Dimensionen annehmen zu sollen. Die Bauarbeiter beschloßen, nachdem die Arbeitgeber auf Verhandlungen nicht eingehen wollten, an allen Arbeitsplätzen, wo die Forderung von 37 Pf. Stundenlohn nicht bewilligt, die Arbeit am Montag nicht wieder aufzunehmen. Die Versammlung beauftragt ihre bestehende Lohnkommission, der Bauhülfe zu Lübeck diesen Beschluß sofort zu übermitteln. Es ist wahrscheinlich, daß die Zimmerer und Maurer, um die Bauarbeiter zu unterstützen, gleichfalls die Arbeit niederlegen.

In Harburg stehen, wie uns ein Privattelegramm meldet, die Schmiecke in einer Lohnbewegung. Sie fordern den zehnjährigen Arbeitstag und 35 Pf. für Ueberstunden. Zugut ist fernzuhalten.

Vom Hamburger Bäckerstreik. Seit Sonnabend haben einige Inhaber größerer Bäckereien die Forderungen der Gesellen bewilligt. Am Montag Nachmittag fanden in 13 Bezirken der Stadt Versammlungen der Brotträger statt, in welchen die bezirksweise Eintheilung wegen Abschlußes von Vrotlieferungen beschlossen wurde. In jedem Bezirk wurde eine Vertrauensperson gewählt, an welche sich die Brotträger, falls sie aus anderen Bäckereien Waaren entnehmen wollen zu wenden haben.

Scharfe Verurtheilung findet in der „Frankfurter Zeitung“ das Eingreifen des Arbeitgeber-Verbandes in den Bäckerstreik. „Dieselben Leute“ — so sagt das Blatt — „die sonst nicht genug über den sozialdemokratischen Terrorismus klagen können, proklamiren hier einen Terrorismus der aller schlimmsten Art, sie wollen die Bäckereimeister terrorisiren, die zu einem Entgegenkommen gegen die Gesellenforderungen bereit sind, und sie üben ebenso Terrorismus gegen die Bäckergesellen, nicht weil sie deren Forderungen als ungerecht zu bezeichnen vermögen, sondern weil diese Gesellen es überhaupt wagen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Die ganze Unvernunft der sozialpolitischen Rückständigkeit offenbart sich in dieser Stellungnahme, die jede Lohnbewegung von vornherein in Grund und Boden verdammt, und der Hamburger Arbeitgeber-Verband, der sich so aufdringlich in eine ihm an sich fernliegende Bewegung hineinmisch, lediglich um die Gesenäfte aufzureizen, ist auf dem besten Wege, sich jetzt auch die Sympathien der begrenzten Kreise zu verschärfen, die ihm in falsch verstandenen Interesse der Arbeitgeber zu theil wurden. Wenn man mit dem Ausspruch, daß der Arbeitgeber Herr sein müsse im eigenen Betriebe, jeder Lohnbewegung von vornherein die Berechtigung abschneiden und den Arbeiter einfach auf die Gnade seines Brothebers anweisen will, dann setzt man sich über die Grundlagen der ganzen sozialen Entwicklung hinweg und jährt die modernen Staat um einige Jahrhunderte zurück. Solche Leute können kaum noch ernsthaft genommen werden; wenn aber ihr Einfluß überwiegt, dann sind schwere wirtschaftliche und soziale Erschütterungen unausbleiblich.“

So die „Frankfurter Zeitung“. Nähen freilich wird diese Zurückweisung der Unternehmer, die auf ihr unbefränktes Ausbeuterrecht pochen, nichts.

Die nachtheiligen Folgen, die der Bauhandwerker-Streik auf viele andere Berufe, besonders Stadateure, Schloffer, Tischler, Dachbeder etc. ausübt, machen sich immer fühlbarer durch Entlassung von Arbeitskräften und damit verbundene Vrotlosigkeit. So schreibt die „Magdeburgerische Zeitung“. — Wenn das die Magdeburgerin einfließt, dann sollte sie ihren Einfluß dahin geltend machen, daß der Arbeitgeber-Verband der Herbeiführung eines auf gegenseitiger Achtung beruhenden Friedens nicht länger feindlich gegenübersteht.

Der Kachener christlich-soziale Textilarbeiter-Verband, welcher im Dezember 1896 gegründet wurde, zu welchem auch Arbeitgeber und geistliche „Vollausklärer“ als Ehrenmitglieder aufgenommen werden, umfaßt jetzt 2500 Mitglieder. Wie die Kachener Zuschafabrikanten, unter deren und des Alexus Schuy der Verband

steht, ihre Arbeiter in den Verband hineinzubringen, beweist die Tatsache, daß die Meister mit Einzeichnungslisten von Stuhl zu Stuhl gingen und große diesbezügliche Plakate in den Werkstätten ausgehängt wurden. Wer trotzdem nicht Mitglied werden wollte, lief Gefahr, als Sozialdemokrat bezeichnet zu werden. Jedes Mitglied mußte folgende Eintrittserklärung unterzeichnen:

„Christlich-sozialer Textilarbeiter-Verband für Aachen und Umgegend.“
Erklärung.

Ich erkläre hiermit laut und freiwillig, daß ich das ganze Statut des „Christlich-sozialen Textilarbeiter-Verbandes für Aachen, Burscheid und Umgegend“ für mich als verbindlich anerkenne.

Insbepondere erkläre ich als Ehrenwort, daß ich auf arbeitsgläubigem, monarchischem Boden stehe und zu einer der Umsturzparteien weder gehöre noch in Zukunft gehören will.“

Ein Delegiertentag der christlich-sozialen Gewerkschaften und Verbände soll am 14. August in Mainz abgehalten werden. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Die Organisationsfrage, Regelung der Arbeitszeit, Frauenarbeit, Lohnfrage und Ausstände u. a. m.

Die Lohnbewegung der Dresdener Zimmerer hat sich nunmehr zu einem Streik von ziemlich großer Ausdehnung entwickelt. Es streiken zur Zeit in 60 Geschäften bzw. Bauten 240 Mann, 150 arbeiten unter den neuen Bedingungen — 48 Pfennige Stundenlohn und 10stündige Arbeitszeit, während ein anderer Teil abgereift ist. Nach Lage der Sache dürfte der Ausstand noch größere Dimensionen annehmen. Die Unternehmer versuchen die Ausständigen durch nichtgelernte Arbeiter zu ersetzen. Im Laufe der Woche werden auch die übrigen Bauarbeiter, Maurer u. s. w. zum Streik Stellung nehmen.

Die Leipziger Zivil-Berufsmusiker haben in einer zu Anfang des Monats stattgehabten öffentlichen Versammlung den Beschluß gefaßt, zur Bekämpfung der in der Stadt weitverbreiteten Mißstände, als welche besonders bezeichnet wurden die Konkurrenz der Konseruatorien, Militärmusikanten, Beamten u. ungenügende Bezahlung u. a., eine Organisation unter dem Namen „Allgemeine Leipziger Musiker-Verbindung“ zu gründen. Diefelbe soll nur auf die Hebung der Lage der Zivil-Berufsmusiker bedacht sein und insbesondere auch einen Lohnrat aufstellen, um eine einheitliche Bezahlung zu erreichen. Ueber 200 Musiker haben bereits ihre Beitrittserklärung zu der „Allgemeinen Leipziger Musiker-Verbindung“ abgegeben.

Soziales.

Arbeiter-Risiko. Auf der Königin-Louise-Grube (Oberschlesien) wurde der Bergmann Kalla durch einen Felsbruch verhängt und getötet. — Drei Bergleute sind auf der Grube „Sieben Planeten“ bei Dortmund verunglückt. Zwei wurden durch herabstürzende Steinhäfen erschlagen; der dritte fiel in den Schacht hinab und war alsbald eine Leiche. — Auf dem Segengottesacker bei Juidau verunglückte der 48jährige Häuer Niddel dadurch, daß er von einem vollen Hant erfährt und gegen einen Bolzen gedrückt wurde.

Krankenkassen im Deutschen Reich. Während eine Vermehrung der Gemeinde-, Orts-, Betriebs- und Zünfts-Krankenkassen in den Jahren 1891—1896 festgestellt werden kann, ist eine Abnahme der Baukrankenkassen und Hilfskrankenkassen (§ 75 R.-V.-G.) zu verzeichnen. Alle Krankenkassen zusammen zeigen für diesen Zeitraum einen Anstieg von 21.500 auf 22.100 und einen Zuwachs der Mitgliederzahl von 8.880.000 auf 7.944.000. Erkrankungsfälle überhaupt kamen in allen Klassen während der 6 Jahre vor 15.630.000, auf die 267.520.000 Krankentage entfielen; auf jeden Krankheitsfall kommen demnach etwas über 17 Tage. Die Einnahmen betrugen insgesamt in runden Ziffern 814 Millionen, die Ausgaben 667.500.000 Mark, von denen allein 128.517.000 M. den Ärzten zufließen. Im Durchschnitt entfielen auf ein Mitglied im Jahre 0,34 Erkrankungstage, 6,1 Erkrankungstage und 13,71 M. Krankheitskosten.

Soziale Rechtspflege.

Eine Klage auf Auflösung eines Lehrvertrages hatte die Kammer III des Gewerbegerichts zu entscheiden. Der Vater des Steinmetzlehrlings D. hatte die Klage gegen die Steinmetzmeister Purys angebracht, indem er behauptete, sein Sohn sei fortwährend im Haushalt beschäftigt und in der Steinmetzkunst nicht ordnungsmäßig unterwiesen worden. Der junge Mann selber gab folgendes an. Er habe Schrippen holen, Mülleimerhinter tragen und für die Tante des Meisters Holzhaufen und in die Wohnung bringen müssen, auch sei er zum Drehen der Wäschrolle verwendet worden. Die Gesellen hätten ihn sehr selten gelehrt, wie er arbeiten solle und in der Fortbildungsschule hätte er ebenfalls nicht immer gehen können. Oft sei er, obwohl er die Arbeit des Morgens um 6 Uhr schon hätte antreten müssen, erst abends zwischen 9 und 10 Uhr nach Hause gekommen. Ihm das Schrifthausen beizubringen, habe er gar keine Anstalten gemacht. Ein Zeuge des Beklagten sagte demgegenüber aus, D. hätte Arbeiten vornehmen müssen, die einem Steinmetzlehrling zufallen. Nach dem ersten sechs bis acht Wochen sei er zum Erlernen des Handwerks angehalten worden. Das Gericht wies die Klage als unbegründet ab. Der Vorstehende führte aus, es sei nachgewiesen, daß der Lehrling ordnungsmäßig unterrichtet worden sei. Die nur gelegentliche Verwendung für den Haushalt rechtfertige nicht das Verlangen, das Lehrverhältnis aufzulösen, auch sei nicht erwiesen, daß der Chef davon gewußt habe. Und vom Erlernen des Schrifthausens könne im ersten halben Jahr überhaupt nicht die Rede sein. Uebrigens sei die Schrifthauserei keine dem Steinmetzgewerbe eigentümliche Fertigkeit und es sei somit der Steinmetzmeister nur bei besonderer vertraglicher Abmachung verpflichtet, einem Steinmetzlehrling das Schrifthausen beizubringen. Eine derartige Abmachung sei hier im schriftlichen Vertrage nicht getroffen worden.

Gerichts- und Zeitung.

Der Entführung eines minderjährigen Mädchens war der Kaufmann Karl Garter beschuldigt, welcher gestern dieserhalb vor der I. Strafkammer des Landgerichts I stand. Der Angeklagte hatte ein Verhältnis mit der 19jährigen Elisabeth A. angeknüpft. Wenn die Mutter der letzteren sich auch nicht gerade ablehnend verhielt, so verweigerte sie doch ihre Zustimmung zu der Verlobung und verlangte, daß die jungen Leute so lange damit warten sollten, bis ihre Tochter großjährig geworden sei. Der Angeklagte war damit nicht einverstanden, er überredete das junge Mädchen, mit ihm zu flüchten. Wenn die Mutter erst mit der Tatsache zu rechnen habe, daß das junge Paar bereits eine zeitlang als Mann und Frau zusammengelebt habe, werde sie schon nachgeben. Am 31. Mai dampften die jungen Leute heimlich ab. Sie besuchten mehrere Ostseebäder und lebten nach etwa drei Wochen zurück. Der Angeklagte verriet erst im gestrigen Termine der Mutter seiner Braut, daß er das junge Mädchen in einem Hotel in der Mittelstraße untergebracht habe. Tagelöhner sei dieselbe in seinem Geschäft tätig. Sie seien beide noch fest entschlossen, sich zu heiraten. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten, der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Werhauer, erzielte, daß der Gerichtshof es bei einer einmonatigen Gefängnisstrafe ließ.

Ein russischer Taschendieb wurde am 18. Mai d. J. unter den Linden beim Taschendiebstahl abgefaßt. Es war am Geburtstage des Kaisers von Rußland. In der Mittagszeit fand im Lustgarten eine Parade des Kaiser-Alexander-Garde-Regimentes statt, welches eine große Menschenmenge angezogen hatte. Der Kriminalschyumann Schulze beobachtete die verdächtige Person, welche sich stets an die weiblichen Zuschauer herandrängte, sich durch Befüllen der Kleider davon überzeuhte, ob sich ein Portemonnaie in den Taschen befand und dann seine Hand, bedeckt von dem großen Tragen seines Mantels, in den Taschen verschwinden ließ. Als der Beamte zu seiner Verhaftung schritt, wurden bei ihm vier Portemonnaies gefunden. Der Verhaftete nannte sich Sergius Wol, gab an, in Petersburg heimisch zu sein. Man schenkte diesen Angaben wenig Glauben, es wurde angenommen, daß der angebliche Wol einer jener internationalen Taschendiebe sei, welche von Land zu Land reisen. Wol legte sich trotz des erdrückenden Beweises auf's Leugnen. Er behauptete, daß zwei Portemonnaies sein Eigentum seien, die beiden anderen müßten ihm von einem schlechten Menschen, der sich von gestohlener Beute betriebe wollte, in die Tasche gesteckt sein. Das Schöffengericht hatte ihn zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte legte Berufung ein, und diese Zwischenzeit hat das Gericht dazu benützt, über ihn nähere Erkundigungen einzuziehen. Im gestrigen Termine konnte ihm vorgehalten werden, daß er früher Moses Heimann geheißt, aber zum griechisch-katholischen Religion übergetreten sei und dann den Namen Sergius Wol angenommen habe. Er sei bereits zweimal in Petersburg bestraft. Dies bestritt der Angeklagte entschieden, während er die übrigen Vorhaltungen als richtig anerkannte. Von einem Zweifel an der Schuld des Angeklagten konnte ebenso wenig die Rede sein, wie von der Herabsetzung der Strafe; die Berufung wurde verworfen.

Versammlungen.

Ueber den Hamburger Bäckerstreik referierte der Verbandsvorsitzende Klmann aus Hamburg in einer am Dienstag nachmittags abgehaltenen Versammlung der Bäcker-Arbeiter Berlins. Er verwies darauf, daß schon vor zwei Jahren der Gesellenausschuß im Auftrage einer Versammlung wegen der Abschaffung des Kost- und Logiswesens mit der Hamburger Bäckerinnung in Unterhandlung getreten sei. Die Innung habe damals eine abweichende Antwort erteilt, mit der Begründung, daß der Auftrag nicht von der Mehrheit der Gesellen ausgehe. Die Bäcker-Arbeiter hätten seitdem unausgesetzt an der Stärkung ihrer Organisation gearbeitet, sich aber gleichzeitig gefaßt, daß sie, wie die Verhältnisse im Bäckergewerbe liegen, aus eigener Kraft ihre Lage nicht verbessern könnten. Deshalb habe man das konfirmierte Publikum auf die Mißstände, welche in den Bäckereien bestehen, aufmerksam zu machen gesucht. Diese Agitation habe zunächst den Erfolg gehabt, daß die Polizei die Bäckereibetriebe scharfer kontrolliert und der Senat eine Verordnung für die Brotbäckereien erlassen habe, wodurch einige Mißstände beseitigt worden seien. Als nun am 22. Juni der Streik ausbrach, habe die Zeitung der Organisation denselben in jeder Hinsicht unterstützt, weil derselbe die beste Aussicht auf Erfolg hatte. Zwar hätten die Meister schon am ersten Tage des Streiks Arbeitswillige genug von außerhalb bekommen, jedoch nur unbrauchbare Kräfte. 81 Bäckereien haben die Forderungen der Gesellen sofort bewilligt, und obwohl die Innung mit allen Kräften gegen die Gesellen arbeitete, vermehrten sich die Bewilligungen. Bis jetzt haben 278 Bäckereien bewilligt, 242 verhalten sich ablehnend. Von den 1104 Gesellen, die in den Streik eintraten, arbeiten jetzt 684 zu den neuen Bedingungen, 388 streiken noch, 78 sind abgereift und 12 sind abtrünnig geworden. Die Lage des Streiks sei eine sehr günstige. Wenn nicht der aus dem Gasenarbeiter-Streik bekannte Arbeitgeber-Verband den Bäckereimeistern den Rücken gefaßt hätte, dann würden die Gesellen in wenigen Tagen einen vollen Sieg errungen haben. Trotzdem sei aber bisher ein Erfolg zu verzeichnen, mit dem die Arbeiter zufrieden sein könnten. Anfangs sei es schwierig gewesen, die Brotbäcker, durch deren Hände fast der ganze Brotvertrieb in Hamburg gehe, für die Sache der Bäckergesellen zu gewinnen. Erst nachdem die Hamburger Arbeiterkassette die Bäckergesellen durch den Boykott der nicht bewilligenden Bäckereien unterstützt, und die Brotbäcker vor der Aussicht standen, ihre Arbeiterkassette zu verlieren, haben sie dem Verlangen der Arbeiter nach. Von den 2700—3000 Brotbäckern haben sich 1350 die von den Bäckergesellen ausgehenden Kontrollkarten beschafft. Die Lieferung von brotlosgemachten Weizen habe anfangs Schwierigkeiten gemacht, daselbe werde aber jetzt in einigen von den Streikenden selber betriebenen Bäckereien hergestellt. Auf diese Weise sei ein großer Teil der widerstrebenden Bäckereimeister aufs Trockene gesetzt worden. In den letzten Tagen habe sich die Lage der Streiks wenig geändert. Soviel stehe aber schon jetzt fest, daß das Kost- und Logiswesen aus den Hamburg-Altonaer Bäckereien für immer verschwunden sei. Die Meister versuchen auch nicht mehr, diese Forderung als undurchführbar hinzustellen, denn das Publikum habe eingesehen, daß die Bäckereimeister sehr wohl bestehen können, auch wenn die Gesellen nicht mehr im Hause der Meister essen und schlafen. Der Redner hob die musterhafte Disziplin der Streikenden rühmend hervor. Dieselben hätten alles, um den Sieg zu einem vollständigen zu machen. Nachdem das Kost- und Logiswesen in Hamburg beseitigt sei, werde es auch den Kollegen in den anderen Großstädten gelingen, diese veraltete Einrichtung aus der Welt zu schaffen. Die Ausführungen des Referenten fanden lebhaften Beifall. In der Diskussion kamen auch die leidigen Gegensätze zwischen lokal- und zentralorganisierten Bäckern wieder zur Sprache. Eine Sympathie-Resolution für den Hamburger Streik wurde einstimmig angenommen.

Der Verein der Maschinisten, Deizer und Berufsgenossen Berlin und Umgegend hielt am 3. Juli bei Cohn, Beuthstr. 19/20, seine vierteljährliche Generalversammlung ab. Der als erster Punkt der Tagesordnung von den Revisoren bestätigte Kassenbericht ergab vom 1. April bis 30. Juni bei einer Einnahme von 1627,05 M. und einer Ausgabe von 1246,40 M. einen Ueberschuß von 380,65 M., sodaß der Kassenbestand jetzt 8859,46 M. beträgt. Aus dem halbjährigen Bericht des Arbeitsnachweises war zu entnehmen, daß das Angebot der Nachfrage gegenüber dem im vorigen Jahre prozentual gleich geblieben ist. Arbeitslos hatten sich vom 1. Januar bis 30. Juni 143 einschreiben lassen, in feste Arbeit wurden 107 gebracht, außerdem wurde noch 67 Mitgliedern bei 32 Kesselreinigungen längere oder kürzere Zeit Arbeit nachgewiesen. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß oftmals eine Stelle nicht besetzt wurde, indem dem betreffenden Fabrikanten resp. Dampfmaschinenbesitzer zu Gemüte geführt wurde, daß bei einem Lohn von 18—21 M. die Woche derselbe sich einen von der Strafe holen soll, in öfterem sich dieselben auch bequem haben, höhere Löhne zu zahlen. Die Mitgliederzahl hält sich konstant, so daß die neuangeworbenen die auscheidenden decken. Die auscheidenden resp. wegen Nichtbezahlung ihrer Beiträge gestrichenen Mitglieder sind diejenigen, die der Organisation erst kürzere Zeit angehören und nach Gebrauch des Arbeitsnachweises ihr wieder den Rücken kehren.

Vom Vertrauensmann der Studenten erhalten wir folgende Zuschrift: Der in dem Verfallungsbericht der Studienteile in der Nr. 153 des „Vorwärts“ erwähnte Studienteil Dastle ist nicht identisch mit dem früheren Kassierer A. Dastle, sondern der in Berlin ansässige Studienteil Richard Dastle.

Der Zentralverband der Konditoren (Mitgliedschaft Berlin) hielt am 4. d. M. seine Generalversammlung bei Schiller, Rosenthalerstraße 57, ab. Die Wahl des Vorstandes ergab eine einstimmige Wiederwahl desselben, ferner wurde als Revisor Haase und als zweiter Bibliothekar Schmidt gewählt. Unter Verschiedenem wurde der Antrag Haase, 30 M. als I. Rate zur Unterstützung für die streikenden Hamburger Bäcker und Konditoren zu bewilligen, angenommen.

In der Mitglieder-Versammlung der Filiale I der Sattler vom 2. Juli hielt Herr Dr. Wollheim einen Vortrag über das Thema: Die Luft, in der wir leben. Mit gespanntester Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den Ausführungen des Redners, welcher auch die hiesigen Wohnungs- und Verhältnisse berührte und reichen Beifall erzielte. Unter Verschiedenem wurde die Sachzeitung scharf kritisiert, und Zentralvorstand und Ausschuß beauftragt, Sorge zu tragen, daß der Inhalt verbessert würde.

Wilmersdorf. Eine gut besuchte Versammlung des Arbeiterbildungsvereins fand am Mittwoch Abend bei Klingenberg, Berlinerstraße 40, statt, in der Genosse Rörster einen beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. In seinen Ausführungen theilte Redner die Zahl der abgegebenen Stimmen aus einigen Ortschaften und Bezirken der Versammlung mit und stellte sie den 1893 abgegebenen gegenüber. Das 1898 er Wahlergebnis müßte als ein gutes bezeichnet werden. Redner forderte die Anwesenden auf, nicht zu ruhen, sondern

unermüdet weiter zu agitieren und zu arbeiten, damit uns in der zukünftigen Reichstagswahl der Kreis von unseren Gegnern nicht entrissen wird. Behrend, Ridel und Müller sprachen sich im selben Sinne aus. Ferner gab der Vertrauensmann bekannt, daß am 14. August ein Parteifest in Klingenberg's Volksgarten stattfinden und bittet die Parteigenossen, daselbst nach Kräften zu unterstützen. Zum Schluß gab der Vorsitzende bekannt, daß die nächste Versammlung am 20. Juli stattfindet.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlreiche Schöneberg. In der Generalversammlung vom 7. d. M. gab der Vorsitzende zunächst den Geschäftsbericht vom verflorenen Halbjahre. Es wurden in dieser Zeit fünf Mitgliederberufungen und acht Vorstandswahlungen abgehalten. Stange berichtet über die Tätigkeit der Kontrollkommission. Hierauf wird Raue als erster Vorsitzender und Keding als zweiter Kassierer wiedergewählt; als Revisoren Ernst Reich und Lade, und in die Kontrollkommission Jinner und Semmele gewählt. — Nunmehr erhält Rörster das Wort zu seinem Referat, welches mit Beifall aufgenommen wurde. An der Diskussion beteiligten sich Dähne, Meyer, Stange und Busse. Nach längerer Diskussion über unsere Zahlstelle wurde beschlossen, dieselbe vom Sonnabend, den 18. Juli, nach dem Lokal von Obst, Brunnenstraße 110, zu verlegen. Reich stellte den Antrag, den Mitgliedern die Zeitung von jetzt an durch den Zeitungsredakteur auf Verbandskosten zu liefern, weil trotz wiederholter Aufforderung ein Theil der Zeitungen in den Händen des Kassierers verbleibt. Dieser Antrag wurde angenommen. — Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, sich zahlreich in den Verband aufzunehmen zu lassen, soweit sie es noch nicht getan haben, schloß die gutbesuchte Versammlung. Unsere regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden jeden Donnerstag nach dem ersten im Lokal Obst, Brunnenstraße 110, statt.

Beifensee. Am 11. Juli hielt der Sozialdemokratische Arbeiterverein seine Generalversammlung ab. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 889,80 M. und eine Ausgabe von 212,75 M., mithin bleibt ein Bestand von 176,55 M. Gewählt wurden die Genossen: Josef Rein, Vorsitzender; Gary, Kassierer; Bachmann, Schriftführer; Jakob, Schillert, Stahlberg, Lindner und Buchholz, Revisoren; Schütz, Belli, Prziwilla, Revisoren; Georg Schröder, Keller, Bibliothekar. Ausgeschloffen aus dem Verein wurde Pollaschek wegen Unregelmäßigkeiten, und wurde vor demselben gewarnt, der vermutlich nach Berlin verzogen. Hervorzuheben ist, daß in nächster Zeit hierorts eine Versammlung stattfindet, in welcher über die Wichtigkeit der Organisation referiert werden soll, worauf wir die 3500 sozialistischen Wähler Beifensees ganz besonders aufmerksam machen.

Der Krieg.

Ministerkrise in Madrid. Nach einer Meldung der „Times“ aus Madrid vom gestrigen Tage hat das spanische Kabinett seine Entlassung gegeben. Offenbar konnte eine Einigung über Fortführung oder Beendigung des Krieges nicht erzielt werden. Die Mehrzahl der Minister soll für Friedensschluß sein, jedoch fürchtet man die Unzufriedenheit des Heeres. Die Konservativen sind der Ansicht, der Friede sei annehmbar, wenn der Abschluß desselben nur den Verlust von Kuba mit sich brächte; der Krieg müßte indessen fortgesetzt werden, wenn die Amerikaner auch noch Portorico, die Philippinen und eine zu große Geldentschädigung fordern würden. Die Karlisten, so verlautet, sind zu abenteuerlichen Unternehmungen geneigt, falls die Regierung in die geringste Gebietsabtretung willigt.

Die amerikanischen Friedensbedingungen lauten nach einer Madrider Meldung wie folgt: Abtretung von Kuba, Portorico, einem Hafen auf den Kanarischen Inseln und Zahlung von 1200 Millionen Francs. Die Philippinen sollen als Unterpfand für Zahlung dieser Summe dienen. Der „New-York Herald“ erklärt jedoch diese Madrider Nachricht für unbegründet. Ein Mitglied des Kabinetts erklärte, die spanische Regierung habe noch keinerlei Vorschläge gemacht.

Vor Santiago. Amtlich wird aus Havana nach Madrid gemeldet: Da der Feind unseren Vorschlag, Santiago zu räumen, abweis, und bedingungslos Kapitulieren forderte, wurden die Feindseligkeiten am 10. d. M. nachmittags 4 Uhr 45 Minuten wieder aufgenommen. Der Feind griff mit lebhaftem Geschw. und Schiffsfeuer an. General Blanco hat befohlen, den Platz bis aufs äußerste zu verteidigen. Der Feind hat die vorgeschobenen Laufgräben auf den Hügel bei San Juan verlassen. Das Geschwader beschloß gleichzeitig die Stadt. Um 7 Uhr abends hörte das Feuer auf. Unsere Truppen haben ihre Stellungen behauptet. Unsere Verluste sind wenig bedeutend.

Wie es scheint, beschränken sich die Amerikaner in den letzten Wochen auf den Artilleriekampf. Nur wenige Tode und Verwundete wurden auf amerikanischer Seite gezählt.

Eine Depesche von der Höhe von Santiago vom 11. Juli meldet: Die Schiffe „Newark“ und „New-Hort“, „Brooklyn“ und „Indiana“ erneuerten um 9 Uhr 30 Minuten vormittags das Bombardement. Dasselbe dauerte zwei Stunden. Alle Geschosse fielen in die Bai mit Ausnahme des letzten, das in einer Kirche im Zentrum der Stadt, die mit Pulver gefüllt war, eine furchtbare Explosion verursachte, welche die Kirche in die Luft sprengte.

Nach einer dem Kriegsdepartement in Washington eingetroffenen Depesche ist der Hilfskreuzer „Yale“ mit dem Oberkommandierenden General Miles, dem Generalstab, sowie den Verstärkungstruppen bei Santiago eingetroffen. General Miles hatte bereits eine Beratung mit Admiral Sampson und General Shafter.

Das Geschwader Camara's ist von Port Said aufgebrochen und unterwegs nach Spanien. Einige Torpedobootzerstörer des Geschwaders nahmen bereits in Messina Kohlen ein.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 12. Juli. (B. Z. B.) Auf dem gestern Abend 1/10 Uhr von hier abgegangenen Passagierdampfer „Gisela“ fand heute Mittag bei Grein (Ober-Österreich) an der Donau eine Kesselexplosion statt, wobei drei Feuerleute getötet und einer schwer verletzt wurde. Das Schiff „Maria Valeria“ ist heute Abend nach der Unglücksstätte abgedampft.

Paris, 12. Juli. (B. Z. B.) Deputiertenkammer. Der Sozialist Picquiere wünscht wegen des letzten Briefes des Obersten Ricourt eine Interpellation einzubringen. Ministerpräsident Brisson schlägt vor, den Antrag auf einen Monat zu vertagen. Kriegsminister Cabanac erklärt, er meine, die Kammer werde nicht alle Tage eine Frage diskutieren wollen, aber welche die Regierung Aufklärungen gegeben habe. Das Haus könne sich auf die Erklärung einer Person, welche die in Frage stehenden Schriftstücke nie gesehen habe, nicht einlassen. (Zustimmung.) Die Vertagung auf einen Monat wird mit 488 gegen 24 Stimmen genehmigt.

Rom, 12. Juli. (B. Z. B.) In der Deputiertenkammer wurden heute die Artikel der Vorlage betreffend die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung erforderlichen dringenden zeitweiligen Maßnahmen beraten. Eine lebhafteste Diskussion entspann sich bei Artikel 2 des Gesetzes über den Zwangswohnsitz. Die Kammer lehnte entsprechend dem Regierungsantrage sämtliche Abänderungsanträge durch Aufstehen und Sitzenbleiben ab und nahm Artikel 2 im Wortlaut der Regierungsvorlage in namentlicher Abstimmung mit 178 gegen 96 Stimmen an. Nur die äußerste Linke stimmte dagegen.

Soungtong, 12. Juli. (B. Z. B.) Nachrichten aus Kanton zufolge haben die Rebellen jetzt neun Städte genommen und die kaiserlichen Truppen westlich von Wuschau geschlagen. In Wuschau sind Anschläge angebracht, welche erklären, der Krieg sei gegen die Beamten gerichtet, und welche die Bürger ermahnen die Stadt zu verlassen, bevor die Rebellen sie angreifen. Die Behörden von Kanton haben 8000 Gewehre gekauft und verhandelt wegen des Ankaufs von Maschinengewehren.

Tokales.

Zur Lokalliste. Der Verein Schmöldwiger Segler veranstaltet am Sonnabend, den 16. Juli ein Sommerfest, zu welchem man Billets in Arbeiterkreisen abzugeben versucht. Da das Vergnügen im gesperrten Lokal von Schoiland stattfindet, wird erjudt, die Billets zurückzuweisen.

Die Lokalkommission. A. A.: Osl. Mahle.

Strohwitter und Dienstmädchen. Viele bürgerliche Blätter brachten in diesen Tagen Blaudrucke, welche die Abreise der Berliner in die Sommerfrische zum Gegenstand hatten. In all diesen Betrachtungen spielt auch der Strohwitter eine Rolle. Jener Mann in behäbig bürgerlichen Verhältnissen, der wohl seine Familie ins Bad schicken kann, der aber selber aus geschäftlichen oder anderen Gründen zu Hause bleibt und nun die schöne Zeit in seiner Weise ausnützt, ohne von der strengen Gattin kontrolliert zu werden. Je nach den Kreisen, für welche sie schreiben, schildern die Zeitungen die Freuden des Strohwittervergnügens in verschiedener Weise. In solchen Blättern, die vorwiegend in kleinbürgerlichen Kreisen verbreitet sind, erscheint der Strohwitter als der ehrbare, biedere Spießerbürger, der nicht etwa daran denkt, den Trauring in die Westentasche zu stecken und auf galante Abenteuer auszugehen, der vielmehr die Abwesenheit der Gattin nur in harmloser Weise ausnützt, und höchstens länger als sonst im Kreise der Zeitgenossen oder am Klavierspieltisch zubringt. Ein anderes Blatt, welches unter den Lebemännern, den zahlungsfähigen jungen und alten Geden weit verbreitet ist, stellt den Strohwitter in ganz anderer Beleuchtung dar. Es schildert ihn mit ungenirtem Jynismus ungefähr folgendermaßen: 1. Akt. Der Gatte begleitet Frau und Kinder nach dem Bahnhofe, innerlich mit heimlicher Freude an die Genüsse des Strohwitterlebens denkend, äußerlich aber erbeugelten Trennungsschmerz zur Schau tragend, im Auge die mühsam herausgepreßte Thräne der Nahrung zerdrückend. 2. Akt. Der Muttergatte amüsiert sich in Gesellschaft eines galanten Dämchens, die Freuden des Tages beginnen mit einem opulenten Frühstück und enden nach einem Souper mit Champagner endlich im Rausch. Solche und ähnliche Vergnügungen wiederholen sich einige Wochen hindurch. 3. Akt. Der „treue Gatte schmückt zum Empfang der heimkehrenden Gattin die Eingangstür mit Guirlanden, er bringt auch ein Kalat mit der Inschrift „Willkommen“ an, denn das kostet ja nicht viel, es erweckt aber bei der lieben Gattin eine angenehme Stimmung und läßt sie eine etwaige Frage nach dem Verhalten während ihrer Abwesenheit vergessen.

Eine treffende Illustration zu der Auffassung des Familienlebens, wie sie in gewissen Kreisen der Bourgeoisie herrscht. Nun, das betreffende Blatt muß ja am besten wissen, wie man in den Gesellschaftskreisen, für die es schreibt, über „das Heiligste was der Deutsche kennt“, zu denken gewohnt ist. Das Bild scheint gut getroffen zu sein.

Nach eine andere Figur erscheint fast immer in den Ferienbetrachtungen bürgerlicher Blätter. Nämlich das Dienstmädchen, welches sich in Abwesenheit der Herrschaft mit seinem Grenadier gültlich thut an den Vorräten des herrschaftlichen Weinfellers und der Speisekammer. Es ist dies eine Legende, die alljährlich um diese Zeit dem Zeitungsleser in den verschiedensten Variationen aufgetischt wird. In Wahrheit liegen die Verhältnisse so, daß unter hundert Dienstmädchen kaum eine überhaupt in die Lage kommen kann, ein derart angenehmes Feriendasein zu verbringen.

Manche Herrschaften sind ja so sparsam, daß sie vor der Abreise ihr Dienstmädchen einfach entlassen. Wenn aber andere, in deren Haushalt einige Goldstücke mehr oder weniger keine Rolle spielen, nicht so genau zu rechnen brauchen und sich ihr bewährtes Dienstmädchen erhalten wollen, so verschließen sie vor der Abreise sorgfältig Keller und Vorrathskammer und geben den Mädchen ein oft recht knapp bemessenes Kostgeld, wovon diese ihren Unterhalt zu bestreiten haben. An Arbeit fehlt es den Dienstmädchen auch während der Reise der Herrschaft nicht. Da muß womöglich die große Wäsche während der Zeit besorgt werden, in jedem Falle aber ist die Wohnung einer gründlichen Reinigung zu unterziehen und sonst noch mancherlei zu thun. Damit die den Dienstmädchen übrig bleibende freie Zeit nicht in ungebührlicher Weise ausgenutzt werde, wird gewöhnlich irgend eine Verwandte oder Freundin der gnädigen Frau mit der Kontrolle betraut, und zum Ueberflus leistet oft der Portier des Hauses, der auf ein gutes Trinkgeld hofft, freiwillige Aufpasserdienste.

So ungefähr sieht es mit dem Ferienausfluge der Dienstmädchen in Wirklichkeit aus. Von dem Schlaraffenleben, welches bürgerliche Zeitungsschreiber ihrem Publikum schildern, ist keine Spur zu entdecken.

Für die Arbeiter der Schultheiß-Druckerei wird von der Direktion bekanntlich ein Monatsblatt, der „Schultheißbote“, herausgegeben. In der neuesten Nummer dieser Zeitschrift steht ein Artikel, der unseres Erachtens von ungewöhnlicher Sensibilität zeugt. Er ist „An unsere Arbeitnehmer“ gerichtet und beginnt folgendermaßen: „Es wird unseren Arbeitnehmern hier und auherhalb bekannt sein, daß der Generaldirektor unserer Gesellschaft, Richard Köfide, bei der im Juni stattgefundenen Wahl als Reichstagsmitglied für den ersten Anhaltischen Wahlkreis wiedergewählt worden ist. Die sozialdemokratische Partei in Anhalt hatte den Wahlkampf zu den gehässigsten Angriffen gegen die Person unseres Generaldirektors benützt und u. a. Herrn Köfide einen profitorientierten Kapitalisten genannt, der „die 20 Markstücke für sich nimmt und seinen Leuten die Thaler giebt.“ Da auch unsere eigenen Arbeitnehmer in Dessau sich diesen Angriffen gegenüber, trotzdem ihnen die Haltlosigkeit derselben bekannt sein mußte, gleichgiltig und schweigend verhielten, sahen sich die politischen Freunde des Herrn Köfide veranlaßt, auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse die Leistungen bekannt zu geben, welche die Schultheiß-Druckerei im letzten Geschäftsjahre den in ihren Betrieben beschäftigten Beamten und Arbeitnehmern geboten hat.“

Rummehr folgt eine Aufzählung, aus welcher sich ergibt, daß die 111 Beamten und 1885 Arbeiter der Druckerei von dem 3 680 000 M. betragenden Reingewinn des letzten Betriebsjahres 2 116 000 M. an Gehältern und Löhnen und 386 000 M. an baaren Remunerationen und Unterstützungen u. s. w. erhalten haben. Von dem Gewinn von 1 178 000 M., so heißt es ferner, „sind die vertragmäßigen Bezüge der aus 7 Personen bestehenden Direktion, sowie die Lantionen des Aufsichtsraths zu bestreiten, während der Rest unter die Inhaber der 10 700 Aktien verteilt wird, welche das Risiko des Unternehmens tragen.“

Die Vertheilung gipfelt in dem Resultat, daß von dem Gesamtgewinn den Arbeitern und den nicht in leitender Stellung befindlichen Beamten mehr als zwei Drittel zugeflossen seien. Die Arbeiter hätten in unglücklichen Jahren keine Verringerung ihres Einkommens, die Aktionäre aber müßten sich unter unglücklichen Umständen mit wesentlich geringerem oder gar keinem Gewinn begnügen u. s. w.

Gegen eine derartige Beweisführung ließe sich, wie ein jeder A. D. Schläge auf dem Gebiete der Nationalökonomie weiß, gar manches anführen. Wir verzichten aber auf eine Zerstückelung des Zahlenmaterials, weil wir wissen, daß auch der indifferente Arbeiter der Schultheiß-Druckerei so wie so kaum zu der Ueberzeugung kommen wird, daß er besser daran ist, als die Direktoren und Aktionäre mit ihren 16 pCt. Dividende.

Was uns nötigt, auf den Artikel einzugehen, das ist die Verführung, daß er dazu dienen wird, das gute Einvernehmen zwischen Geschäftsleitung und Arbeiterschaft in der Schultheiß-Druckerei bedenklich zu stören. Es wird darüber aeklagt, daß die

eigenen Arbeiter in Dessau den sozialdemokratischen Angriffen gegenüber gleichwiegen haben u. s. w. Was liegt nun näher, als daß einige besonders liebedienerische Angestellte diesen Wind mit dem Zaumfahrl dahin auflassen, daß die Arbeiterschaft an Herrn Köfide eine Enttäuschungs- und Vertrauens- und Verachtung abenden müsse, unter die jeder ordentliche Arbeiter seinen Namen zu setzen habe? Unter den Arbeitern der Schultheiß-Druckerei wird es eine ganze Anzahl geben, die sozialdemokratisch gesinnt sind, und die sich daher weigern werden, ihre Partei zu verunglimpfen; andere werden sich wiederum gegen eine solche Adresse lehnen, weil der Anlaß zu derselben in einem Vorgange liegt, der mit dem Betriebe gar nichts zu thun hat.

Genug, es bleibt unter solchen Umständen eine Fülle von Gehässigkeit, Mißtrauen und Widerwärtigkeiten zurück, und das alles wegen einer Affäre, die denn doch wahrlich den Lärm nicht werth ist. Auch wir halten die gegen Herrn Köfide gefallenen Ausdrücke nicht für den Gipfel des feinen Geschmacks. Und in diesem speziellen Falle schon nicht, weil Herr Köfide in der That sich in den letzten Jahren von einer Einsicht in sozialpolitischen Dingen gezeigt hat, wie man sie unter deutschen Unternehmern leider sehr selten antrifft. Aber die herben Ausdrücke sind im Bahnlampf gefallen, wo niemand seine Worte auf die Waagschale legt und wo die Sozialdemokratie von staatsbehaltender Seite nicht allein mit scharfen Worten, sondern mit Verleumdungen von so niederträchtiger Art angegriffen wurde, daß bei tragischer Auffassung der Dinge kein Hund ein Stück Brot von ihr nähme. Ist Herr Köfide geschiedt, so fährt er die scharfen Ausdrücke für eine im Wesen der Dinge begründete Erscheinung nicht weiter trumm auf und verbittet sich von vornherein namentlich alle Weiterungen aus dem unglücklichen Artikel im „Schultheißboten“.

Das Wohnungsuchen hat nun wieder seinen Anfang genommen und die Jagd nach einem „städtischen Obdach“ steht in vollster Blüthe. Obgleich nun in Berlin eine Wohnungsnoth durchaus nicht vorhanden ist, so werden doch auch diesmal wieder beim Wohnungsuchen recht eigenthümliche Erfahrungen gemacht. Manche Hauswirthe betrachten sich in Wahrheit noch immer als „Hauspapas“, denen es als ein großer Gnadenbeweis erscheint, wenn sie für schweres Geld eine schlechte Wohnung vermieten. So erschien dieser Tage eine Frau vor dem gestrigen Herrn einer Miethskassierin, um dem Manne ihr beschiedenes Dämchen nach einer Wohnung in geziemender Ehrfurcht vorzutragen. Der Gewaltige mißterte die Petentin mit einem kritischen Wids und geruchte sodann, sich also vernehmen zu lassen: „Sie suchen doch nur eine Stube und Küche, ich habe aber nur noch zwei Stuben und Zubehör.“ Als dem Herrn nun klar gemacht wurde, daß das letztere gerade das den Wünschen entsprechende sei, war der Hauspapa sehr unangenehm berührt und bemerkte in brüstem Tone, Arbeiter nehme er überhaupt nicht in sein Haus. Die Frau erklärte daraufhin, daß ihr Mann zwar kein Arbeiter sei, daß sie nun aber darauf verzichte, in dem betreffenden Hause eine Wohnung zu mieten. Daß der propygie Hauswirth diese wohlverdiente Züchtigung besonders schmerzhaft empfunden haben, möchten wir bezweifeln. Auf alle Fälle aber ist die Belandung: „Arbeiter nehme ich nicht“ charakteristisch für die herrschenden Verhältnisse. Namentlich hat sich dieser Grundfay bereits zu einem Schem entwickelt. Viele Hauswirthe und Hausverwalter haben sich die Aufgabe gestellt, ihre Häuser nur mit Beamten, Lehrern, Kaufleuten und sonstigen „zahlungsfähigen“ Miethern zu bevölkern. Die sogenannten „Beamtenhäuser“ gehören heute schon nicht mehr zu den Seltenheiten. Den Arbeitern aber wird mit Mißtrauen begegnet. Man hält sie sich möglichst vom Leibe, weil sie keine gesicherte Existenz haben. Man will in puncto Miethe keine Scherereien haben. Die Arbeiter erhalten höchstens diejenigen Wohnungen, die anderweitig nicht vermietbar sind, oder müssen solche Miethskassierinnen beenden, deren Bestier „alles“ nehmen, ohne Ansehen der Person. Und daß diese Vermietter sich ihrer Handlungsweise wohl bewußt sind, beweist der Maa einer Baugesellschaft, in deren antireichem Vorstande sich mehrere Häuser im Norden der Stadt befinden. Dieser Maa, der der Geschäftsführer am Sonnabend an den Hausverwalter gerichtet hat, geht dahin, daß der Verwalter unverzüglich eine Liste aller mit der Zahlung der Miethe im Rückstande befindlichen Miether einzuweisen habe, daß gegen alle, welche nicht bis Montag Vormittag die rückständige Miethe erlegt haben, die Ermittlungsliste angehängt, das gesamte Wohnungsmobilien mit Beschlag belegt und jeder Einzelne überdies der Liste nicht empfehlenswerther Miether einberufen werden soll. Die Herren verstehen es prächtig, sich zu „sichern“. Und strebt der Arbeiter nach Verbesserung seiner Lage, um nicht zum wenigsten den Ansprüchen der „Hausbesitzer“ gerecht werden zu können, so sind es gerade diese, welche deren Bestrebungen bekämpfen und begeiern. Die Hauswirthe gehören leider recht oft zu den brutalsten Feinden des Arbeiterstandes. Die schwierige Lage der Arbeiter wird ihnen gerade beim Wohnungsuchen recht grell zum Bewußtsein gebracht.

Ueber die Fortschritte der Berliner Kirchenbauerei geben die einzelnen Jahrgänge des „Statistischen Jahrbuchs der Stadt Berlin“ bis 1895 Auskunft. Danach bestanden hier allein für die evangelisch-landeskirchlichen Gemeinden (die in Berlin die Majorität bilden) in den Jahren 1889, 1891, 1893, 1895: 43, 44, 47, 55 Kirchen und 9, 10, 10, 11 Kapellen mit zusammen 48 883, 50 145, 57 583, 67 193 Sitzplätzen. Rechnet man dazu noch die evangelischen Anstaltskapellen — 1889: 14 mit 3342 Plätzen, 1895: 15 mit 3642 Plätzen — so ist für die evangelisch-landeskirchlichen Gemeinden Berlins die Zahl aller Kirchen und Kapellen in dem Zeitraum 1889—95 von 66 auf 81, die der Sitzplätze von 52 225 auf 70 835 gestiegen. Außerdem wird bekanntlich an jedem Sonntag noch in einer großen Zahl von Sälen gepredigt. Trotz dieser beträchtlichen Vermehrung der Predigtstätten Berlins (die 1896 und 97 noch weitere Fortschritte gemacht hat) haben die Freunde der Kirchenbauerei immer noch nicht genug. Dabei ist der Erfolg dieser kostspieligen Liebhaberei bisher, wie sie gelegentlich selber zugeben, sehr gering gewesen, namentlich gerade in den Arbeitervierteln, in denen es früher, ihrer Versicherung nach, so sehr an Kirchen gefehlt hatte.

Die städtische Schuldeputation fordert die Eltern, Vormünder ze. von Kindern, die zur Erfüllung der Schulpflicht in eine hiesige Gemeindegemeinschaft zum 1. Oktober d. J. ausgenommen werden sollen, auf, sich spätestens bis zum 1. September mit den Impfscheinen der Kinder bei der Schulkommission ihres Wohnbezirks zur Einschulung der Kinder zu melden. Wenn die Kinder anderweitig eingeschult oder Privatunterricht erhalten sollen, ist der zuständigen Schulkommission unter Beibringung des Aufnahmehescheines ze. Nachricht zu geben. Diejenigen Eltern, die am 1. Oktober verziehen, thun gut, wenn sie die Anmeldung ihrer Kinder schon bei derjenigen Schulkommission bewirken, in deren Bezirk ihre neue Wohnung belegen ist.

Erste Hilfe bei Unglücksfällen. Das Polizeipräsidium theilt mit: Es wird hierdurch, insbesondere für die Herren Ärzte, in Erinnerung gebracht, daß der Magistrat dem Polizeipräsidium 24 Kästen mit Verbandzeug und Mitteln für die erste Hilfe bei Unglücksfällen, Verletzungen und plötzlichen Erkrankungen zur Verfügung gestellt hat, und daß diese Hülfsmittel den nachbezeichneten Polizeirevieren überwiesen worden sind: Polizeirevier 4: Flemmingstr. 5; 8: Wöhlstr. 11; 9: Grünialerstr. 11; 14: Kaiser Wilhelmstr. 25; 16: Kaiser Wilhelmstr. 18c; 18: Neue Königstr. 91, der hier vorhandene Kasten wird gleichzeitig vom 19. Polizeirevier Niehmannstr. 10 mitbenutzt; Polizeirevier 21: Neue Friedrichstr. 4; 22: Polzmarktstr. 12, der hier vorhandene Kasten wird gleichzeitig vom 24. Polizeirevier, Andreasstr. 62, mitbenutzt; Polizeirevier 31: Kreuzbergstr. 23, der hier vorhandene Kasten wird gleichzeitig vom 67. Polizeirevier, Jostenerstr. 37, mitbenutzt; Polizeirevier 37: Kronenstr. 73/74; 38: Charlottenstr. 25/26; 39: Lindenstr. 71;

44: Gr. Frankfurterstr. 17; 45: Stralauerpl. 8/9; 50: Christinenstr. 16, der hier vorhandene Kasten wird gleichzeitig vom 62. Polizeirevier, Zehdenickerstr. 12c und vom 68. Polizeirevier, Straßburgerstr. 24, mitbenutzt; Polizeirevier 52: Remelerstr. 39, der hier vorhandene Kasten wird gleichzeitig vom 65. Polizeirevier, Königbergerstr. 26/27 mitbenutzt; Polizeirevier 57: Müllerstr. 135; 60: Brunnenstr. 118; 61: Oberbergerstr. 24/25; 71: Hornstr. 2; 72: Teltowerstr. 16; 78: Oeisenauerstr. 61; 82: Hochstr. 37; 97: Stargarderstr. 76; diejenigen Polizeireviere, welche in der Nähe von öffentlichen Krankenhäusern oder Sanitätsstationen belegen sind, haben keine Kästen erhalten. Die Hülfsmittel enthalten folgende Verbundgegenstände und Arzneimittel: 1 Scheere zum Kleidertrennen, 1 Litergefäß, 2 Gummibinden, drei breite Planenbinden, 3 Gazebinden, 2 Weinschienen von Holz, Schusterpahse, Ghzerin-Vergamentpapier, 2 Kompresen von Leinwand, 1 Paket Salpötrwatte, 2 Esmarische Lächer, 1 Stück Nähseide, 1 graduirte Glasmaßsur (20 Gramm), Spirit. sotherel, 100 Gramm, acidi carbolici liquesacti 100 Gramm, Liq. ammonii caustici 100 Gramm, Tinct. oppii simpl. 50 Gramm, letzteres jedoch nur im Sommer. Ferner hat der hiesige Magistrat dem Polizeipräsidium 19 Tragbahnen beauftragt Verwendung in den Polizeiwachen zum Transport Verunglückter überzuweisen. Diese Bahnen befinden sich in folgenden Revieren: Polizeirevier 2: Oberwallstr. 20a; 4: Flemmingstr. 5; 18: Neue Königstr. 91; 22: Polzmarktstr. 12; 31: Kreuzbergstr. 23; 33: Königin Augustastr. 36; 37: Kronenstraße 73/74; 38: Charlottenstr. 25/26; 39: Lindenstr. 71; 40: Beuthstraße 4; 42: Louisen-Ufer 44; 45: Stralauerpl. 8/9; 48: Kottbuscherstr. 4b; 50: Christinenstr. 16; 52: Remelerstr. 39; 53: Oettelstraße 1; 57: Müllerstr. 135; 61: Oberbergerstr. 24/25; 72: Teltowerstraße 16.

Zu städtischen Volksbad an der Schillingstraße bleibt die Schwimmbad wegen dringender baulicher Instandsetzung bis diesen Donnerstag Mittag geschlossen, worauf wir das beklagte Publikum aufmerksam machen. Wir bemerken hierbei für unsere Leserinnen, daß bei dieser Anstalt, ebenso wie beim Volksbad Roabit, versuchsweise die Neu-Einrichtung getroffen ist, daß die Schwimmbad an den Montagen abends von 6 1/2 bis 8 1/2 Uhr für weibliche Personen geöffnet ist.

Als Dolmetscher nach Kiautschou gehen am Donnerstag drei Gerichtsreferendare, nachdem zwei derselben am Sonnabend die Prüfung im Chinesischen beim Seminar für orientalische Sprachen bestanden haben, während der dritte sie schon früher gemacht hat. Es sind dies die Herren Walter Keigel, Dr. jur. Erich Wagenführ und Dr. jur. Ernst Bessler-Kettelhof. Die drei Herren sind vom Reichs-Marineamt auf zwei Jahre verpflichtet worden. Die Ausbildung im Chinesischen erfordert beim orientalischen Seminar drei Jahre. Sie leitet unter der Leitung des Lehrers des Chinesischen Prof. Krendt und des Lektors seiner Muttersprache, des Chinesen Sneh-Shen.

Der Fernsprechverkehr mit Atern, Tondern und Berder (Havel) ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt mit den erdgenannten Orten je 1 M., mit Berder (Havel) 25 Pf.

Die Probebeleuchtung des Wassersturzes im Viktoriapark und des Nationaldenkmals auf dem Kreuzberge durch die farbigen elektrischen Scheinwerfer hat Montag Abend von 9 bis 10 1/2 Uhr stattgefunden. In der Großbeerstraße, von der aus man den Wassersturz am besten betrachten kann, staut eine ungeheure Menschenmenge, die dem Schauspiel beiwohnen wollte, und ein starkes Aufgebot von herittenen und Fußschutenten war zur Stelle, um den Verkehr auf den Straßen aufrecht zu erhalten. Zum Schuge des Vorles selbst vor den anprallenden Menschenmengen waren besondere Vorsichtsmaßregeln getroffen. Der Aufstieg zur Höhe des Kreuzbergs war nur von der Lichterfelderstraße, dem Aufmarschterrain und an der linken Seite des Wassersturzes von der Großbeerstraße aus gestattet. Alle südlichen Zugänge zum Wassersturz, sowie die dicht am Wassersturz entlang führenden Aufstiege waren gesperrt.

Um Punkt 9 Uhr ließ zuerst der untere Scheinwerfer links neben dem Sammelbassin an der Kreuzbergstraße sein Licht abwechselnd in weißer, grüner und rother Farbe spielen, dann leuchtete die mittlere Scheinwerfer ein, die mittlere Partie des Wassersturzes mit weißem und hellgelbem Lichte bestrahlend, während die oberen Quellen in magischem grünen Schimmer erstrahlten. Der Anblick war herrlich. Die Lichtquellen wirkten nicht nur auf das Wasser ein, indem sie es in feurigem, smaragdgrünem, zartbläulichen und goldenem Scheine erglänzen ließen, sondern auch die Felspartien wurden von dem wechselnden Lichtern magisch erleuchtet.

Wenig beachtet wurde ein Unfall, der die Gesamtwirkung allerdings wesentlich beeinträchtigte. In dem oberen Scheinwerfer, welcher das Denkmal beleuchtete, platzte durch die intensive Wärme-Entwicklung des Scheinwerfers sofort die davor angebrachte farbige Scheibe. Das Denkmal konnte infolge dessen nur mit weißem Lichte beleuchtet werden. Nach dem Beschlusse der städtischen Behörden soll die Beleuchtung während der Betriebszeit des Wassersturzes an den Mittwoch- und Sonnabend-Abenden bis zehn Uhr erfolgen.

Der gezeigerte Freudenverkehr veranlaßt die Königl. Eisenbahn-Direktion Berlin, auf eine sehr praktische Einrichtung hinzuweisen, welche sowohl im Interesse des reisenden Publikums, wie auch der Geschäftshaber zur Benutzung dringend empfohlen werden kann. Diefelbe erleichtert die Beförderung von eingelassenen Gegenständen, Paketen ze., mit denen sich der Reisende nicht gern in der Stadt herumschleppen mag. Derartige Pakete (auch Pfefferquell oder Ker) können nämlich seitens der betr. Geschäfte (oder beliebiger Mittelspersonen) bei den Gepäc-Aufbewahrungsstellen der Berliner Bahnhöfe zur direkten Entnahme durch die Reisenden hinterlegt werden. Zu diesem Zweck wird seitens des Geschäfts ein Formular ausgefüllt, von welchem der zugehörige Nummerzettel abgetrennt und auf das Paket aufgelegt wird. Das letztere wandert dann nach dem Bahnhofe, während der Reisende den mit der gleichen Nummer versehenen Ausweis in die Tasche steckt. Bei seiner Abreise erhält er dann gegen Abgabe des Ausweises und Zahlung der Aufbewahrungsgeld (10 Pf. pro Gegenstand und zwei Tage, ebenso viel für den dritten und jeden folgenden Tag) sein Paket ausgehändigt; dem Ueberbringer war bei der Abgabe des Pakets ein Unterlegungsschein als Quittung eingehändigt worden. Die erforderlichen Formulare werden von den Berliner Gepäc-Abfertigungsstellen kostenfrei an die Interessenten abgegeben.

Soldatennothhandlung. Wie dem preussischen Soldaten die militärische Übung manches Mal beigebracht wird, illustriert ein Bericht, der sich am 1. Juli d. J. beim 160. Infanterie-Regiment ereignete, das in Küstrin in Garnison liegt. Der Rekrut Karl Schulz von der 1. Kompagnie wurde beim Bajonettfechten von dem Unteroffizier Aldert dreimal hintereinander derartig gegen den Leib gestochen, daß er benimmungslos zusammenbrach. Wir wissen nun nicht, ob die Instruktion erlaubt, daß ein in allen Zeichnissen bewandelter Unteroffizier mit einem ungeliebten Rekruten nach allen Regeln der Kunst fechten und ihn mehrmals hintereinander stoßen darf. Jedenfalls hat der Unteroffizier hitzig und nicht lehrhaft gefochten, wie es vorgeschrieben ist. Das sonderbarste bei der ganzen Sache ist, daß die hier in Berlin wohnende Mutter des Rekruten erst vier Tage später, und zwar durch einen anonymen Brief erfuhrt, daß es mit ihrem Sohne sehr schlecht stehe. Die unglückliche Frau reiste sofort hinüber und es gelang ihr, ihren Sohn im Lazareth zu sprechen. Nachdem er eine zeitlang bestimmungslos und im Rekrut krank gelegen hatte, war er in einem Tragekorb dahin überführt worden. Die Mutter schildert ihren Sohn als einen starken, aber etwas gedächtnislosigen, kindlichen Menschen, den trotz dieses Mangels seine Kameraden und auch sein Korporalstabsführer, der Unteroffizier Meindke, sehr gern hatten. Er liegt nun schwer krank an den Folgen der Übung darnieder. Bis jetzt haben keine Verwandten noch keine Nachbarn über sein Befinden, Gegen den Unter-

offizier Mädel soll eine Untersuchung im Gange sein. Die Mutter des Missethats, die auf die Unterstüfung durch ihre Kinder angewiesen ist, fürchtet, daß der Verletzte, ihr vierter Sohn, der dienen muß, nicht durchkommt.

Vom Eisenbahnzuge todtgefahren wurde vorige Nacht der etwa 30 Jahre alte Streckenarbeiter Georg Kiezerst, Beruf: 66 wohnhaft. Er hatte auf dem Bahnhof Alexanderplatz einen Kollegen abzulösen und ging gegen das Verbot von der Station Vörje dorthin die Strecke entlang. Unverwartet schnell holte ihn ein Fernzug ein und schleuderte Kiezerst derartig an das Geländer, daß ihm der Schädel zerbrach. Noch lebend wurde der Verunglückte durch Vermittelung der VII. Unfallstation nach dem Krankenhaus Friedrichshain transportiert, wo er jedoch bald darauf verstarb.

Ein durchgehender Motorwagen verursachte gestern Nachmittag in der Wemelerstraße ein großes Aufsehen. Am Park dortselbst hielt eine mit einem Benzinmotor getriebene Chaise, deren Fahrer abgestiegen war und einem Bekannten die Betriebsvorrichtungen des Motors erklärte. Hierbei berührte er wohl in unvorsichtiger Weise den Hebel, denn der Wagen setzte sich plötzlich in Bewegung und fahrte davon. Das Vorderrad der Chaise ging dem Besitzer über den rechten Fuß hinweg, dessen Felsen starke Onctschungen erlitten; dann fuhr der Wagen ungehindert der Frankfurter Allee zu, verfolgt von einer großen Menschenmenge. Schließlich getrieht das Gefährt gegen die Vordrüse des Bürgersteiges, kam so zum Stehen und konnte von dem stark lahmennden Besitzer, der nur langsam den Ausreißer zu verfolgen vermochte, in Empfang genommen werden.

In zwei Jahren viermal überfahren worden ist der 65 Jahre alte frühere Holzschneider Fritz Kerzen aus der Heilnerstraße Nr. 12. Der alte Mann ist in den letzten Jahren immer sehr zerstreut, geht oft, wenn man einen Augenblick nicht auf ihn achtet, von Hause weg und findet sich dann im Straßengebüsch nicht wieder. Schon dreimal hatte man ihn nach Hause gebracht, nachdem er unter ein Fuhrwerk gerathen war, jedesmal aber nur leicht verletzt worden. Auch gestern, Dienstag Mittag, kam er wieder ziemlich gut davon, als er vor dem Hause Lindenstr. 82 zum vierten Male, diesmal von einem Warmwagen überfahren wurde. Er trug nur unbedeutende Verletzungen am rechten Bein und am Kopfe davon. Mit einer Droschke führte man ihn seinen Angehörigen wieder zu.

Der Mörder der Prostituirten Singer soll abermals gefaßt sein. Der Berichterstatter, der diese Vorweg wohl noch mit starkem Vorbehalt hinzunehmen möchte, theilt über die Persönlichkeit des Verhafteten mit: Es ist dies der Schneider Hugo P u t t m a n n aus Berlin, welcher die Aufmerksamkeit der Kriminalpolizei dadurch auf sich gelenkt hat, daß er mehrfach Briefe an dieselbe richtete, in denen er angab, den Mörder zu kennen und dabei Momente berührte, welche nur dem Mörder selbst bekannt sein konnten. Die Polizei hat darauf den Briefschreiber zu ermitteln gesucht, ihn am Montag Nachmittag verhaftet und sofort in das Moabit-Untersuchungsgefängniß eingeliefert. Gestern Mittag 12 Uhr wurde der Mörder durch zwei Gerichtsdiener aus dem Gefängniß geholt und dem ersuchten Richter Antischer Hamel auf Nummer 72 vorgeführt. Der Mann ist etwa 24-25 Jahre alt. Er ist von kleiner Mittelgröße und hagerer Gestalt. Sein Gesicht ist schmal, nicht häßlich aber altäuglich. Auf der Oberlippe trägt er ein kleines schwarzes Schnurbärtchen. Er sah übrigens recht ruhig und gleichmüthig daren. — Wahrscheinlich wird sich bald herausstellen, daß auch dieser nicht der richtige ist.

Unter der „göttlichen Weltordnung“. Ihrem Leben voll Jammer und Elend hat die fünfzig Jahre alte Näherin Anna Hartwig, deren Leiche man vorgestern aus dem Landwehrkanal zog, durch Selbstmord ein Ende gemacht. Anna Hartwig, die mit ihrer 35jährigen Schwester, einer Wittwe Brillow, in der Wandelstraße 30 wohnte, war seit vierzehn Tagen vermisst worden. Die beiden Frauen hatten sechs Wochen lang keine Arbeit. Vor vierzehn Tagen wollte Anna Hartwig, die inzwischen eine Beschäftigung gefunden hatte, wieder zu arbeiten anfangen. Frau Brillow wartete vergeblich auf die Rückkehr der Schwester, die morgens weggegangen war, um die neue Arbeit zu beginnen. Auch alle Nachforschungen blieben erfolglos. Die Vermisste, die infolge der langen Arbeitslosigkeit ohnehin schon schwermüthig war, ist wahrscheinlich nach einer neuen Enttäuschung gleich ins Wasser gegangen. Ihre Schwester, die ebenfalls schon leidend war, hat sich ihr Verschwinden so zu Herzen gezogen, daß man sie vor einigen Tagen in das Augustapital bringen mußte.

Im Thiergarten hat sich in der letzten Nacht ein unbekannter junger Mann, der seiner Kleidung nach ein Arbeiter gewesen zu sein scheint, erschossen. Ein Schutzmann fand die Leiche gegen drei Uhr in den Anlagen in der Nähe von Kroll. Die Waffe, einen sechsälufigen, noch mit fünf scharfen Patronen geladenen Revolver, hielt der Todte krampfhaft in der rechten Hand; aus dem letzten Lauf hatte sich der junge Mann eine Kugel in die rechte Schläfe gefaßt. Eine ganze Anzahl Patronen fand man noch bei der Leiche. Der Selbstmörder ist etwa 20 Jahre alt, mittelgroß und schlant, hat blondes Haar und einen Anflug von Schnurbart; die Kleidung besteht aus einem dunkelblauen Jaquet, einer grauen Arbeitsweste nebst einem ledernen Ledriemen, grauen Strümpfen, braunen, welchem Hühner und Gummigüßelchen.

Von Herrn Ernst Distl, Schönhauser Allee 65, erhalten wir folgende Zuschrift: In Nummer 133 vom Sonntag den 3. Juli 1898 befindet sich unter „Lokal“ ein Artikel mit der Ueberschrift „Einer Vergiftung“ etc. Ich möchte um beifolgende Verichtigung des betreffenden Artikels bitten: „Meine Tochter kam nicht erst, wie von Ihnen mitgetheilt ward, am Dienstag, den 28. Juni etc., von der Arbeit nach Hause, sondern befand sich schon seit dem 23. Juni etc. in der elterlichen Wohnung. Sie klagte über allzugroße Müdigkeit in den Gliedern und konnte daher ihre gewohnte Arbeit nicht verrichten. Das Uebel verschlimmerte sich bis zum Dienstag den 28. Juni so sehr, daß sie gezwungen war, sich an diesem Tage ins Bett zu legen. Festiges Treiben hat sich bei ihr nicht eingestellt, wohl aber Magenbeschwerden, weshalb auch der Arzt Magenatarrh konstatierte. Die Todesursache ist mir bis jetzt trotz der Obduktion leider unbekannt geblieben, da ich noch keinen Befehl von der Staatsanwaltschaft habe. Eine Selbstvergiftung liegt nicht vor. Ob meine Tochter ein Opfer ihrer Arbeit geworden, bleibt noch dahingestellt.“

Der Kaufmann Davidson aus der Kaufstraße zu Charlottenburg, der, wie wir mittheilten, bei dem Unwetter am 22. Juni vom Blitze getroffen wurde und eine Zeit lang in Fieberwahn glaubte, daß er in der Hölle verbrannt werde, ist jetzt soweit wiederhergestellt, daß er schon ausgehen kann. Er kommt ohne dauernden Schaden davon.

Ein Dachstuhlbrand, der der Feuerwehrt viel zu schaffen machte, war Dienstag früh 2 Uhr K u r f ü r s t e n s t r a ß e 33 zu befechten. Dort war aus noch nicht ermittelter Ursache auf dem Dachboden des fünfstöckigen linken Seitenflügels Feuer ausgebrochen, das bereits große Ausdehnung angenommen hatte, als es vom Nachbarhause aus bemerkt wurde. Als der erste Zug der alarmirten Wehr eintraf, war die Situation so kritisch, daß sofort die Weidung „Mittelfeuer“ erging. Da das Holzgerüst nach die Flammen nicht durchließ, stellte sich starke Verqualmung ein, und das Treppenhause wurde stark gefährdet. Bei der riesigen Höhe des Brandherdes und dem engen Hofraume war dem Feuer mittels mechanischer Leiter nicht beizukommen, weshalb die Löschmannschaften über die Dächer des Vorderhauses vordringen mußten, um durch Einschlagen der Yementdecke den Flammen zunächst einen Ausweg zu verschaffen. Erst dann konnte von drei verschiedenen Seiten (über die Dächer) ein wirksamer Angriff unternommen und das Feuer mittels mehrerer Schlauchleitungen zum Stehen gebracht werden. Verschiedentlich mußten Rauchhelme angewandt werden. Der Dachstuhl in acht Fenster Front wurde vollständig eingestürzt. Zwei im 5. Stod wohnende Wittwen, die eine bessere Lage gesehen und einen großen Theil ihres Hausgeräths in den Bodenlammern aufbewahrt, sind von den zahlreichen Mietnern am meisten geschädigt, da sie nicht versichert waren.

Mit Obstreifen soll man vorsichtig umgehen und sie vor allen Dingen nicht auf die Straße werfen. Ein in der Alten Jakobstraße wohnhaftes Fräulein Marrens kam gestern, als es eben seine Wohnung verlassen hatte, durch Ausgleiten auf einem Obstreif so unglücklich zu Fall, daß die unglückliche bestunmungslos auf der Straße liegen blieb. Sie hat ansehnend innere Verletzungen erlitten und mußte in ihre Wohnung gebracht werden.

Straßensperrungen. Die Unterwasserstraße von der Holzgartenstraße — einschließlich des Kreuzdammes bis zu der Alten Leipzigerstraße — ausschließlich des Kreuzdammes — wird vom 13. d. M. ab, die Straße an der Apostelstraße vom 14., und die Widmannstraße von der Burggrafenstraße bis zum Kurfürstendamm vom 18. ab behufs Asphaltierung und die Feldstraße von der Gartenstraße bis zu der Hufschmiedstraße — ausschließlich des Kreuzdammes — behufs Umpflasterung vom 20. d. M. ab bis auf weiteres für Fußverke und Reiter gesperrt.

Tollwuth. Das Polizeipräsidium bringt die folgenden Ergebnisse wiederum zur Kenntniß, welche über die Kennzeichen der H u n d s w u t h durch langjährige Erfahrungen an der thierärztlichen Hochschule sich herausgestellt haben. 1. Die Tollkrankheit der Hunde kommt nicht allein bei großer Sonnenhitze oder bei strenger Winterkälte vor, wie viele Leute glauben, sondern sie entsteht in jeder Jahreszeit, und zwar entweder direkt aus Ursachen, welche man noch nicht kennt, oder durch Ansteden vermittelt des Bisses von tollen Hunden. Auf die letztere Weise kann die Krankheit von einem tollen Hunde zu jeder Zeit auf viele andere Hunde übertragen werden. 2. Unrichtigerweise glaubt man, daß Hunde mit sog. Wollfollanen, Händinnen und kastrierte Hunde nicht toll werden können, die Erfahrung lehrt aber, daß auch diese Thiere, im Falle sie von einem wuthkranken Hunde gebissen werden, nicht gegen die hierbei mögliche Ansteckung geschützt sind. 3. Wasserfurchen, ein sehr auffallendes Symptom bei den in die Wuthkrankheit verfallenen Menschen, fehlt bei dieser Krankheit der Hunde so gänzlich, daß man sagen kann: „kein toller Hund ist wasserfurchig“. Der Durst ist zwar bei vielen sehr gering, aber alle ledend oder trinken Wasser, Milch und andere Flüssigkeiten, und einzelne tolle Hunde sind sogar durch das Wasser geschwommen. 4. Die allgemeine Annahme, daß tolle Hunde Schaum vor dem Maule haben sollen, ist ganz unrichtig, denn die meisten solcher Hunde sehen aus das Maul ganz so aus, wie gesunde Hunde, und nur diejenigen von ihnen, denen die Kaumuskeln so erschlafft sind, daß ihnen das Maul offen steht, lassen etwas Speichel oder Schleim, aber nicht Schaum, aus dem Maule fließen. 5. Ebenso ist es unrichtig, daß tolle Hunde beständig geradeaus laufen und daß sie immer den Schwanz zwischen die Hinterbeine gebogen halten. Dagegen sind als die wirklichen Merkmale der Hundswuthkrankheit folgende zu betrachten: a) Die Hunde zeigen zuerst eine Veränderung in ihrem gewohnten Benehmen, indem manche von ihnen mehr still, traurig oder verdrießlich werden, mehr als sonst sich in dunkle Orte legen; andere dagegen sich mehr unruhig, reizbar und zum Weifen oder Fortlaufen geneigt zeigen. b) Viele wuthkranken Hunde verlassen in den ersten Tagen der Krankheit das Haus ihres Herrn und laufen mehr oder weniger weit davon, sie kehren aber dann, wenn sie nicht hieran gehindert werden, nach etwa 24 bis 28 Stunden wieder zurück. c) Die meisten dieser Hunde verlieren schon in den ersten zwei Tagen der Krankheit den Appetit zu dem gewöhnlichen Futter, aber sie verschlucken von Zeit zu Zeit andere Dinge, welche nicht als Nahrung dienen, wie z. B. Erde, Torf, Strauß, Holzstücke, Lappen und dergl. d) Alle tollen Hunde zeigen eine andere Art des Bellens; sie machen nämlich nicht mehrere von einander getrennte Laute oder Schläge der Stimmen, sondern nur einen Anschlag und ziehen den Ton etwas lang und in die Höhe. Diese Art des Bellens ist ein Hauptkennzeichen der Krankheit. e) Manche Hunde bellern sehr viel, andere sehr wenig. Bei den ersteren wird nach und nach die Stimme heiser. f) Fast alle tollen Hunde äußern eine größere Weichheit als in gesundem Zustande. Derselbe tritt gegen andere Thiere eher und mehr hervor als gegen Menschen, ist aber zuweilen so groß, daß auch selbst leblose Gegenstände nicht geschont werden. Doch behalten die Thiere hierbei oft noch so viel Bewußtsein, daß sie ihren Herrn erkennen und seinem Jurist folgen; zuweilen aber verschonen sie auch ihn nicht. g) Bei manchen tollen Hunden findet sich bald gleich beim Eintritt der Krankheit, bald im weiteren Verlaufe derselben eine lähmungsartige Erschlaffung der Kaumuskeln ein, und infolge hiervon hängt der Unterkiefer etwas herab und das Maul steht etwas offen, doch können auch diese Hunde von Zeit zu Zeit noch beißen. h) Alle tollen Hunde mageren in kurzer Zeit sehr ab, sie bekommen trübe Augen und struppige Haare; sie werden nach etwa 5-6 Tagen allmählich schwächer im Kreuze, zuletzt im Hintertheile gelähmt und spätestens nach 8-9 Tagen erfolgt der Tod. Es ergibt sich hieraus, daß die Erkenntniß der Hundswuth nicht immer leicht ist. Es ist daher jedem Besitzer eines Hundes dringend anzurathen, daß er, sobald an dem Hunde irgend welche Abweichungen seines gewöhnlichen Zustandes oder Verhaltens bemerkbar werden, schleunigst einen Thierarzt zu Rathe zieht.

Im Garten der Branerei Friedrichshain giebt Herr Eduard S t r a u ß aus Wien mit seiner gesamten Kapelle zur Zeit Konzerte. Wo dieser merkwürdige Künstler zu Gast ist, findet er stets sein Publikum, und so war denn auch der Garten des großen Lokals am Königsthor gestern bis auf den letzten Platz besetzt. Mit dem Roman Strauß ist der Begriff des Walzers so innig verknüpft, daß vielfach die Meinung verbreitet ist, die Kapelle kann überhaupt nichts anderes als Konzertstücke im Dreivierteltakt. Das ist ein Irrthum. Gewiß spielt Herr Eduard Strauß seine leichtesten Tanzreize unergänzlich schön; aber ebenso stehen auch Beethoven, Schubert, Thomas, Massenet und Leoncavallo auf seinem Programm. Das prächtige Streichorchester des Wiener Künstlers wird dem Berliner Publikum schon um deswillen einen besonderen Genuß bereiten, weil es, soweit Gartenkonzerte in betracht kommen, fast ausschließlich auf das Janitscharen-Gelächter der Militärkapellen angewiesen ist. Da wird der milde Geigenton von den arg strapazierten Kerben als süße Wohlthat empfunden.

Aus den Nachbarorten.

Aus Rixdorf. Gestern Mittag brach auf dem Heuboden des Pferdebahndepots in der Erststraße F e u e r aus. Während die Freiwillige Feuerwehrt noch mit den Löscharbeiten beschäftigt war, erlöschten schon wieder neue Alarmglocken. Auf dem Grundstück Prinz Handjersstraße 38 war ein Echnsteinbrand entstanden, der jedoch beim Eintreffen der Feuerwehrt bereits erlosch war. — Die „Kölnische Zeitung“ hatte im vorigen Monat einen Schmähartikel über Rixdorf gebracht, in welchem unter anderem etwa gesagt war, daß man es schon den auf der Straße herumlaufenden Kindern ansehen könne, daß sie später die Juchhäuser und Gefängnisse füllen würden. Der hiesige Gemeindevorstand hatte daraufhin die Redaktion des genannten Blattes um eine Richtigstellung gebeten. Da diese Bitte völlig ignoriert worden, soll nunmehr gegen den betreffenden Redakteur strafrechtlich vorgegangen werden; die Sache wird voraussichtlich vor dem Rixdorfer Schöffengericht (?) zur Aburtheilung gelangen. — Gestern Morgen wurden auf den Kölnischen Diesen zwei 15jährige Mädchen aus Berlin aufgegriffen und der Polizei zugeführt. Wie sich herausstellte, waren beide Mädchen ihren Angehörigen entlaufen; sie trieben sich seitdem in Gesellschaft zweifelhafter Personen umher, welche beide Mädchen der Schande zugeführt haben. Zwei dieser Zuhälter befinden sich bereits hinter Schloß und Riegel. — Stedbrieflich verfolgt wird jetzt der Bauunternehmer Otto S a m m l e r von hier, welcher eine längere Freiheitsstrafe zu verbüßen, sich aber nicht gefaßt hat. Ein Gendarm hatte den S. bereits verhaftet, doch gelang es letzterem, den Gendarm zu überlisten und zu entkommen.

Gegen die Anlegung neuer Kirchhöfe der Berliner Kirchengemeinden in den Gemarkungen der Vororte haben seit einigen Jahren mehrere der Letzteren, namentlich Schöneberg, Rixdorf, Weiß und Mariendorf, wiederholt Stellung genommen. Auch gegenwärtig schwebt wieder ein derartiger Friedhofsstreit zwischen mehreren Kirchengemeinden Berlins und Mariendorf. Es wird nämlich

von drei Kirchengemeinden Berlins, der Dreifaltigkeit-, Luther- und Christengemeinde, beabsichtigt, auf Mariendorfer Gebiet je eine neue Begräbnisstätte anzulegen. Für die beiden letzteren Kirchengemeinden hat der Regierungspräsident die Genehmigung „bis auf weiteres“ abgelehnt. Der Dreifaltigkeitsgemeinde aber ist für den Friedhofsplan regierungsseitig die Zustimmung erteilt worden, jedoch mit der Bedingung, daß die Kirchengemeinde vor der Begräbnisstätte einen freien Platz und von diesem aus eine chauffirte Straße nach der Chaussee hin anlegt, welche Mariendorf über Tempelhof mit Berlin verbindet. Wegen dieser Zustimmung des Regierungspräsidenten erhebt nun die Gemeinde Mariendorf Einspruch, und zwar nicht nur gegen die Anlegung des Friedhofes überhaupt, sondern auch gegen die eventuelle Herriellung der chauffirten Straße. Denn die Gemeinde erklärt, daß sie nicht nur durch die vielen neuen Friedhöfe der Berliner Kirchengemeinden erheblich geschädigt werde, sondern daß auch eine solche Straße ihr nur Schäden bringe, weil sie nicht zur Bebauung geeignet sei. Falls daher die Regierung den Einspruch der Gemeinde Mariendorf zurückweisen sollte, will die letztere nach einem in der letzten Gemeindevertreter-Sitzung gefaßten Beschluß sich entschieden weigern, die Verbindungsstraße zu beleuchten, zumal die Berliner Kirchengemeinde an die Gemeinde Mariendorf keine Steuern zahlt.

Zum Leiter des künftigen städtischen Arbeitsnachweises in Charlottenburg hat der dortige Magistrat den jetzigen Inspektor Ved von Berliner Zentral-Arbeitsnachweis der Verbände der deutschen Gewerkschaften bestimmt, zunächst auf eine längere Probezeit. Der Nachweis wird zum Herbst eröffnet und in einem Seitenflügel des Rebenhauses des Rathhauses, Berlinerstr. 72, untergebracht werden.

Ueber die beständige Steigerung der Wohnungmieten wird in den westlichen Vororten, besonders in Charlottenburg, von den Mietnern aufs lebhafteste geklagt. Schon zu Anfang dieses Jahres sind namentlich die Mietner der südlichen an den Charlottenburger Stadtbahnhöfen näher gelegenen Bezirken durch die Steigerungen arg mitgenommen worden, und jetzt hat dasselbe Schicksal auch die Mietner in der Gegend zwischen Reibnitzstraße und Westend betroffen. Auch in bezug auf die Höhe der Steigerungen sind die Hausbesitzer dieser Bezirke ihren Kollegen im Süden gefolgt. Am Durchschnitt beträgt die Steigerung 20 pCt., doch sind auch Steigerungen bis zu 25 pCt. keine Seltenheit. Dabei sind die Hausbesitzer mit den Steigerungen so „rationell“ und „kollegialisch“ vorgegangen, daß in manchen Straßen kaum ein Haus zu finden ist, in welchem keine Steigerungs-Kündigungen erfolgt sind. Besonders hart trifft die Miethschräubung natürlich die kleinen Beamten, Handwerker und Arbeiter, die gerade in den westlichen Stadttheilen Charlottenburgs den überwiegenden Theil der Einwohnerchaft bilden.

Das himmlische und irdische Lust sich ganz gut an einem Orte miteinander vertragen, lehrt eine Mittheilung, die uns aus T e g e l zugeht. Dort wird die Kirche neu gefirnischt und daher hielt der Pastor S. am vorigen Sonntag seinen Gottesdienst im Saale des Herrn Ohle in der Hauptstraße ab. Auch wurde in diesem Saale eine Taufe vollzogen. Nachmittags 2 Uhr war Kinder-Gottesdienst; später aber wurde dort T a n z m u s i k abgehalten. An dem Gottesdienst nahmen 15 Personen theil, die Tanzmusik soll stärker besucht gewesen sein.

Ein Fahrrad-Diebstahl ist in Charlottenburg verübt worden. Vom Fluß des Hauses Grolmannstraße 53 ist das Brennabor-Rad Nr. 122 713 gestohlen worden.

Gerichts-Beilage.

Genosse Stadthagen hatte sich am Montag wieder vor dem Landgericht H a n a u wegen der vor nunmehr bald 4 Jahren angehängt verübten Beleidigung des damaligen Amtsrathes Spindler, jetzigen Amtsgerichtsraths v. Spindler, zu verantworten. Diese Angelegenheit beschäftigte schon einmal im vorigen Jahre das Hanauer Landgericht. Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde: Am 27. Oktober 1894 hielt Stadthagen zu Langendiebach einen Vortrag über das Thema: „Führt die Sozialdemokratie zur Sittenlosigkeit?“ Im Verlauf des zweistündigen Vortrages kritisirte Redner auch das bekannte Vorgehen des Amtsrathes Spindlers gegen einige Räter, denen er das Erziehungsrecht entzogen hatte, weil sie sich geweigert, ihre minderjährigen Söhne zum Austritt aus einem angeblich sozialdemokratischen Turnverein zu zwingen. Ferner hatte Stadthagen in seinem Vortrage noch eine Reihe anderer ungeschlicher Beschlüsse des damaligen Amtsrathes Spindler scharf kritisiert und die Anwesenden ausdrücklich aufgefordert, gegen derartige Beschlüsse ungeschoren zu sein. Er wurde dann in Berlin verantwortlich vernommen, weil er zum Ungehorsam gegen Anordnungen der Obrigkeit aufgefordert und den Amtsrath Spindler beleidigt habe. Als Beleidigung wurde angegeben, daß er nach dem Bericht des Gendarmen gesagt habe, „Amtsgerichtsrath Spindler — eigentlich gehören zwei Buchstaben davor“. Der Gendarmenbericht und ebenso in der ersten Verhandlung der Gendarm bemerkt hierzu: was damit gemeint gewesen sei, wisse er nicht. Jedemfalls sei es aber eine Beleidigung gewesen, denn alles habe gelacht. Auch habe Stadthagen immer beleidigend gesprochen. Stadthagen bestritt die ihm vorgeworfenen Beleidigungen und behauptete, von einer Aufforderung zum Ungehorsam im strafrechtlichen Sinne könne keine Rede sein, da ein Amtsrath keine „Obrigkeit“ und sein Beschluß keine „Anordnung“ sei. Dieser Rechtsbegründung schloß sich das Landgericht an und lehnte die Eröffnung der Anklage wegen jener Aufforderung ab. Ebenso wurde die Anklage fallen gelassen wegen der ominösen — zwei Buchstaben. Dagegen kam es thatsächlich doch zu einer Klage, weil Stadthagen gesagt haben soll: „Der Amtsrath nehme vor der rothen Fahne Anstich wie“ (folgen die inkriminirten Worte). Stadthagen bestritt, eine derartige Bemerkung gemacht zu haben. Das Landgericht aber nahm die Beleidigung als erwiesen an und verurtheilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 200 M. Darauf legte Stadthagen sowohl wie der Staatsanwalt Revision ein und das Reichsgericht verwies die Sache in die vorige Instanz zurück. Ein genauerer Bericht über die jetzige Verhandlung liegt uns bisher noch nicht vor. Wir erfahren nur, daß St. zu einem Monat Gefängniß verurtheilt worden ist.

Oberschlesische Zustände. Beleidigung von Beamten, welche dem Regierungspräsidenten zu Oppeln unterstellt sind, lag der Anklage zu Grunde, welche gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Redakteur der hier erscheinenden sozialdemokratischen polnischen Zeitung „Gazeta Robotnicza“, unseren Parteigenossen Michael W e n d i s c h, verhandelt wurde. In der Nummer der genannten Zeitung vom 20. November vorigen Jahres erschien ein aus der Ortschaft Foremba in Oberschlesien datirter Artikel. Es wurde mitgetheilt, daß zum 15. November vorigen Jahres eine Arbeiterversammlung in Foremba einberufen worden war, in welcher der Redakteur Winter aus Königshütte als Redner auftreten sollte. Schon früher sei eine derartige Versammlung von dem Amtsvorsteher Meister mit der Begründung aufgehoben, daß Saweine krank seien. Auch die Versammlung am 15. November sei sofort nach der Eröffnung der Kustung verfallen, diesmal mit der Begründung, daß die Lampe schief drehte. So werde die Versammlung in Oberschlesien gewahrt, aber nur drei Arbeiter gegenüber; denjenigen, welche sich vom Saweine der Arbeiter müßten, sei dagegen alles erlaubt. Über die Wahlen ständen bevor, da biete sich ja Gelegenheit für die Arbeiter, ihre Meinung Ausdruck zu geben.

Die in dem Artikel aufgestellten Behauptungen sollen der Wahrheit nicht entsprechen. Wie die kommissarisch vernommenen Zeugen bekundeten, war die frühere Auflösung wegen der damals in Oberschlesien herrschenden Typhus-Epidemie erfolgt, die zweite, weil das betreffende Lokal mit einer Petroleumlampe erleuchtet war, welches nach den ortspolizeilichen Vorschriften nicht gestattet ist. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 200 M., während der Vertheidiger, Rechtsanwalt Vera-

feld, den Nachweis zu führen suchte, daß in Oberösterreich wiederholt Arbeiterversammlungen ungerechtfertigter Weise aufgelöst seien. Er bat deshalb um eine niedrigere Strafe.

Der Gerichtshof erkannte auf 50 Mark Geldstrafe. Eine beachtenswerthe Auslegung des Begriffes „öffentliche Versammlung“ hat das Kammergericht getroffen. Ein polnischer Gutbesitzer hatte den Präses des polnischen Industrievereins in Komarowa zu einem Fest in seinem Parke eingeladen und ihn aufgefordert, fobiel Mitglieder des genannten Vereins und fobiel ihrer Angehörigen und Freunde mitzubringen, wie da kommen wollten. Das frag dem Gutsherrn, einem Grafen Mysielski, ein Strafverfahren wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz ein. Er sollte zu einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel, zu der die erforderliche polizeiliche Erlaubnis fehlte, aufgefördert und sich dadurch gegen § 9 des Vereinsgesetzes verhalten haben. Schöffengericht und Landgericht sprachen den Angeklagten frei, worauf die Staatsanwaltschaft Revision einlegte und geltend machte, daß hier ganz entschieden eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel vorgelegen habe. Von den Mitgliedern des Industrievereins hätten fobiel kommen sollen, wie wollten, und auch ihre Familienangehörigen und Freunde hätten sie mitbringen sollen. Somit sei ein unbeschränkter Kreis von Personen eingeladen worden und dadurch das Charakteristikum der Öffentlichkeit gegeben. Das Kammergericht wies aber die Revision der Staatsanwaltschaft als unbegründet zurück. Der Senatvorsitzende führte aus, der Vorbereiter habe den Begriff der öffentlichen Versammlung nicht verkannt. Nach den Feststellungen hätten die Mitglieder des katholischen Industrievereins allerdings ihre Angehörigen und Freunde mitbringen sollen und so sei fhatfächlich der Kreis der Eingeladenen der Zahl nach nicht beschränkt gewesen. Das rechtfertige aber noch nicht die Annahme einer öffentlichen Versammlung. Zu dieser Annahme wäre notwendig, daß überhaupt keine Abgrenzung stattgefunden hätte. Die Mitglieder des Vereins, ihre Angehörigen und ihre Freunde stellten nun einen ganz bestimmten abgegrenzten Personenkreis dar. Es fehle also das Merkmal der Öffentlichkeit, und demzufolge sei die Freisprechung zu recht erfolgt.

Eine für Gastwirthe allgemeine wichtige Entscheidung hat das Kammergericht gefällt. Beim Gastwirth Strage in Stettin hielt ein „Verein der Stioschaler“ in der Nacht vom ersten zum zweiten Weihnachtstiege ein Tanzbänchen ab, das sich bis 4 Uhr früh ausdehnte. Dadurch, daß der Wirth dies dulde, sollte er sich gegen eine der im ganzen Königreich Preußen üblichen Polizeivorschriften, wonach an Sonn- und Feiertagen vor einer bestimmten Nachmittagsstunde in öffentlichen Lokalen Tanzlustbarkeiten nicht stattfinden dürfen, verhalten haben. In der Provinz Pommern ist diese Zeit 3 Uhr nachmittags. Die Behörden machten geltend, der Tag begünne um 12 Uhr nachts, also hätte nach jener Polizeivorschrift in der Oberpräsidial-Verordnung vom 9. Dezember 1895 der Angeklagte nicht dulden dürfen, daß die Leute am zweiten Feiertage früh zwischen 12 Uhr und 4 Uhr tanzten. Das Schöffengericht war derselben Meinung und verurtheilte den Gastwirth zu einer Geldstrafe. Die Strafkammer hob jedoch auf seine Berufung die Entscheidung wieder auf und sprach K. frei. Sie führte aus, bei der Anwendung jener, der äußeren Heiligung der Sonn- und Feiertage dienenden Vorschrift sei der Tag nicht kalendernmäßig aufzufassen und es seien nicht die Nachstunden dazu zu rechnen. Die Feiertage als Feiertage begannen gewissermaßen erst mit dem sonntäglichen Leben, auf keinen Fall aber vor 4 Uhr früh. Der Angeklagte sei deshalb freizusprechen. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein, das Kammergericht in diesem vollkommene Auffassung des Landgerichts, die auch die des Angeklagten war, zu und verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft.

„Homöopat. Prakt.“ nannte sich auf einem Schilde der Heilkundige Hälske, der sich in der Rosenhaldenstraße als „praktizirender Homöopat“ niederlassen hat. Das erwähnte Schild gab den Anlaß zu einem Strafverfahren wegen Uebertretung des § 147 Nummer 3 der Gewerbe-Ordnung, worin es heißt: Wer, ohne hierzu approbirt zu sein, sich als Arzt (Wundarzt, Augenarzt, Geburtshelfer, Zahnarzt, Thierarzt) bezeichnet, oder sich einen ähnlichen Titel beilegt, durch den der Glaube erweckt wird, der Inhaber sei eine geprüfte Medizinalperson, wird mit Geldstrafe bis zu 300 Mark bestraft. Die Staatsanwaltschaft nahm mit der Berliner Polizei an, die Bezeichnung „Homöopat. Prakt.“ könne das Publikum zu der irrthümlichen Annahme veranlassen, der fhatfächlich nicht approbirt Herr Hälske sei ein approbirt Arzt. Das Schöffengericht schloß sich dieser Auffassung an und verurtheilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 30 M. Er legte dagegen Berufung ein und machte geltend, die Abkürzung „Homöopat. Prakt.“ solle bedeuten „Homöopathischer Praktikant“ und sie werde von jedem halbwegs verständigen Menschen auch nicht anders ausgelegt werden. Das Landgericht I war derselben Meinung, es hob deshalb die Verurtheilung auf und sprach Hälske frei. Der Thatsbestand des § 147 Nr. 3 liege nicht vor und die Abkürzung zu täuschen, sei ebenfalls nicht dargehan. Das Kammergericht erklärte jedoch auf die Revision der Staatsanwaltschaft diese Entscheidung für verfehlt, und verwies die Sache zu nochmaliger Behandlung und Entscheidung an das Landgericht II. Augenscheinlich erachtete der Senat das Landgericht I in dieser Sache für besangene. Das Revisionsgericht führte begründend aus, der Vorderrichter habe rechtlich geirrt, wenn er sein freisprechendes Erkenntnis auf die Annahme stützte, daß kein verständiger Mensch „Homöopat. Prakt.“ als Bezeichnung für einen approbirten praktischen Arzt ansehen würde. Bei der Anwendung des § 147 Nr. 3 der Gewerbe-Ordnung komme es nicht darauf an, was verständiger Weise mit Bezug auf einen Titel oder eine Titelabkürzung angenommen werden müsse. Die fraglichen Vorchriften des Gesetzes seien vielmehr geschaffen zum Schutze der Personen, die mit den betreffenden Verhältnissen nicht vertraut seien. Das Landgericht II müsse darum nachprüfen, ob das gewöhnliche Publikum durch die Bezeichnung „Homöopat. Prakt.“ im Sinne des § 147 Nr. 3 getäuscht werden könne.

Der Fall Kiefer vor dem Landgericht Bonn. Den Vorsitz in dem Prozeß gegen den Schuyman Kiefer wegen widerrechtlicher Verhaftung des Fel. Wilhelmine Fährbinder zu Köln am 2. Juli v. J. führt Landgerichtsrath v. Vesecque, die Staatsanwaltschaft vertritt der Erste Staatsanwalt Müller. Das Reichsgericht, das das freisprechende Urtheil der Strafkammer zu Köln aufgehoben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zu Bonn verwiesen hatte, begründete sein Urtheil nach der „Köln. Ztg.“ wie folgt: 1. Die Revision trägt die Verletzung des § 207 Abs. 2 der Str.-P.-O. mit der Begründung, die Verhaftung des Angeklagten sei am 28. Januar ausgeführt gewesen und am 4. Februar erfolgt, ohne daß vorher die Urtheilsgründe schriftlich festgestellt worden seien; noch am 18. Februar habe eine Nachfrage ergeben, daß das Urtheil nicht fertig gewesen sei. Eine in Anlaß dieser Beschwerde abgegebene Erklärung des Vorsitzenden der Strafkammer bezeugt die Wichtigkeit der fhatfächlichen Aufklärungen: die genaue schriftliche Feststellung der Urtheilsgründe sei infolge einer Erkrankung des Vorsitzenden erst am 18. Februar erfolgt. Hiernach ist die Vorschrift des § 207 Abs. 2 der Str.-P.-O. nicht befolgt und darin liegt die Verletzung einer Rechtsnorm, auf der das Urtheil beruht. (Die Urtheilsbegründung führt dann eingehend aus, daß diese Nichtbeachtung der Vorschrift des § 207 Abs. 2 der Str.-P.-O. die Revision begründe.) Aber auch die von der Revision gleichfalls angeführte sachliche Begründung des Urtheils hat zu erheblichen Bedenken Anlaß gegeben. Die Strafkammer steht für erwiesen an, daß ein berechtigter Grund für die Verhaftung der Wilhelmine Fährbinder nicht vorgelegen hat, daß aber der Angeklagte gemeint hat, einen solchen Grund zu haben, und prüft dann weiter, ob er auch später noch,

als das Mädchen nähere Angaben über ihre persönlichen Verhältnisse machte und gegen ihre Anhaltung Widerspruch erhob, gutgläubig diesen unbeachtet gelassen hat. Die Frage wird mit folgender Begründung bejaht: der Angeklagte habe nach seiner unwiderlegten Behauptung sich zur Verhaftung für berechtigt halten können und gehalten. Er habe geglaubt, nicht verpflichtet zu sein, sich auf der Strafe auf eine Prüfung der Legitimation einzulassen. Die als Zeugen vernommenen Schupleute hatten fannüchlich sich dahin ausgesprochen, daß sie ebenso verfahren würden wie der Angeklagte. Dazu komme, daß der Angeklagte unwiderlegt behauptet, daß ihm damals der Rapportbefehl vom 28. Juni 1871 nicht bekannt gewesen sei. Diese Ausföhrung unterliegt mehrfachen Bedenken. Die Zulassung der Berufung auf die Unkenntnis einer bestehenden Dienstvorschrift würde verständlich sein, wenn der Angeklagte im übrigen sich als zuverlässig erwiesen hätte. Die Urtheilsgründe stellen aber eine Reihe sehr wichtiger Umstände fest, bei denen die Angaben des Angeklagten widerlegt sind, und deswegen trifft hier der von der Revision widerlegt gemachte Vorwurf, daß sie in sich widersprechend sei, zu. Denn ist wegen dieser Unwahrheiten mit der Möglichkeit zu rechnen, daß der Angeklagte sich herauszureden sucht, so ist es ein Widerspruch, gerade in dem wichtigsten Punkte ein Zeugnis des Angeklagten als unwiderlegt hinzunehmen, obgleich der § 243 Absatz 2 der Strafprozeßordnung dem Gericht das Recht und die Pflicht gab, durch weitere Beweisaufnahme die bis dahin nicht widerlegte Behauptung des Angeklagten auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Es ist weiter nicht logisch, aus der Unkenntnis des Rapportbefehls vom 28. Juni 1871 zu folgern, daß der Angeklagte sein Verhalten für berechtigt halten konnte, so lange nicht festgestellt, daß die sonstigen ihm bekannten Dienstvorschriften nichts enthielten, was diese Meinung des Angeklagten ausschloß. Die Urtheilsgründe gehen hierüber ganz hinweg, obgleich die bei den Allen befürchtlichen Dienstinstruktionen dazu Anlaß und Gelegenheit geboten haben. (Vergl. § 10 der Instruktion für den Tagesdienst und § 9 der für den Nachtdienst.) Das mit dem erwähnten Rapportbefehl überdies in Widerspruch tretende Urtheil der anderen Schupmänner, daß sie das Verfahren des Angeklagten billigten, konnte die Prüfung der Frage nicht entbehrlich machen, ob nicht der Angeklagte aus der ihm bekannten Instruktion wußte, daß Franzosenmänner, die ihm durch ihr Benehmen auf der Strafe verdächtig geworden waren, daß sie der Unzufriedenheit, der Bezirkswache nur dann zuzuföhren sind, wenn sie sich über eine erlaubte Abficht nicht ausweisen können. Besonders auffallend erscheint hierbei, daß der erste Richter trotz der Feststellung, die Fährbinder habe den Angeklagten angeführt ihrer elterlichen Wohnung und der unter der Thür stehenden Hausbewohner hierauf aufmerksam gemacht, dennoch nicht untersucht hat, ob es nicht selbstverständliche Pflicht des Angeklagten war, eine so naheliegende Verfertigung der Legitimation der Angehaltenen zu versuchen, daß ferner die Behauptung des Angeklagten, er habe geglaubt, sich auf eine Prüfung der Legitimation auf der Strafe nicht einzulassen, nicht auf ihre Verfertigung nach der allgemeinen Dienstpflicht der Polizeibeamten geprüft wurde. Uebrigens hat es sich nach der Aussage der Fährbinder auch garnicht um eine Legitimation auf der Strafe, sondern um eine solche in der unmittelbaren benachbarten elterlichen Wohnung gehandelt. Auch diese Unrichtigkeit in der Verfertigung des Angeklagten ist unbeachtet geblieben. Ebenfalls ungeschicklich ist die Ausföhrung, mit der die Beweislast des Voralles mit Wilhelmine Fährbinder und Johanna Giesen aus M.-Glabbach abgeleitet wird. Es wird nicht für beweisend gehalten, weil nicht feststeht, daß dem Angeklagten das Unberechtigte seines Verfahrens zur Zeit der jetzt unter Anklage stehenden That bekannt gewesen ist. Damit wird aber das, was die Hauptfache ist, bereits als bewiesen vorausgesetzt, nämlich, daß der Angeklagte bei der Verhaftung der zuletzt genannten beiden Mädchen in dem Glauben gewesen ist, seine Instruktionen zu verletzen, und erst durch Vernehmung von seinen Vorgesetzten von diesem Glauben abgebracht werden konnte. Diese unterlaufende petitio principii (die willkürliche Annahme eines unbewiesenen Satzes) hat offensichtlich die Strafkammer abgehalten, auf eine Prüfung des Voralles einzugehen und auf grund ihres Ergebnisses die Frage zu beantworten, ob der Angeklagte schon früher bei einer Verhaftung gegen den klaren Sinn seiner Instruktion gehandelt hat. Erst wenn diese Frage verneint wurde, war der Grund schlagig, mit dem die Beweislast der Thatsache verneint worden ist. Alle diese Bedenken führen zugleich dahin, daß in dem angefochtenen Urtheil die Entscheidung über die Frage, ob der Angeklagte nicht zum mindesten mit Eventualdolus gehandelt hat, auf einer unzureichenden Grundlage beruht. Der Revision ist aber auch darin beizustimmen, daß die Strafkammer die eventuelle Möglichkeit, daß der Angeklagte einer fahrlässigen Körperverletzung der Fährbinder sich schuldig gemacht habe, aus einem rechtsirrtümlichen Grunde für ausgeschlossen ansieht. Die Urtheilsgründe fagen hierüber: Die der Fährbinder zugefügten Verletzungen seien auf ein vorsätzliches Handeln des Angeklagten, auf die gewollte Gewalt zum Ueberwinden des Widerstandes, zurückzuführen, mithin sei eine Fahrlässigkeit ausgeschlossen. Bei dieser Vergründung wird übersehen, daß die an sich zulässige Gewalt aus Fahrlässigkeit die notwendigen Grenzen überschreiten kann. Darum war ungeachtet der Feststellung, daß der Angeklagte vorsätzlich gehandelt habe, zu untersuchen, ob seine Handlung nicht eine nicht gewollte Körperverletzung bewirkt habe, deren Eintritt er bei gehöriger Aufmerksamkeit habe voraussehen und vermeiden können. Das angefochtene Urtheil vor hiernach aufzuheben und eine anderweite Verhandlung und Entscheidung herbeizuföhren.

Der an stelle des erkrankten Verteidigers des Angeklagten erkrankte Rechtsanwalt stellte dreimal Verlegungsanträge, weil am Montag zwei Zeugnissen nicht erschienen seien und er seit diesem Tage erst die Akten übernommen habe und deshalb die Sache des Angeklagten nicht vertreten könne. Das Gericht verwarf fannüchliche Anträge und trat in die Verhandlungen ein. Diese dauern drei Tage: 42 Zeugen sind zu vernehmen.

Eine unbegreifliche Handlungsweise hat dem Schlossermeister Max Viehl die Anklage wegen schwerer Urkundenföhrung zugezogen, welche gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I gegen ihn verhandelt wurde. Am 21. April d. J. erliefte der Angeklagte den Fabrikanten Morgenroth schriftlich um Inhabung seiner Preisliste. Er habe ein größeres Eisenwarengeschäft in Köpenick erworben und deshalb größeren Bedarf in den von Morgenroth erzeugten Artikeln. Wie der Angeklagte zugab, waren seine Angaben unwahr, er wollte nur die Preise seines Konkurrenten kennen lernen, welcher einige Artikel billiger verkaufte, wie er. Nach einigen Tagen lief bei Morgenroth eine Bestellkarte ein, wonach die Firma Ravensöhne 500 Stück Zalusstiefeln in Auftrag gab. Eine telephonische Anfrage ergab, daß die Karte gefölscht war. Daß der Angeklagte der Schreiber der Karte gewesen, gab er zu, er vermochte aber nicht anzugeben, was der Beweggrund seiner Handlungsweise gewesen. Der Zeuge Morgenroth meinte, daß der Angeklagte ihm nur einen Schnabernack haben spielen wollen. Während der Staatsanwaltschaft eine Geföngnisstrafe von einer Woche beantragte, führte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Morritz aus, daß die That des Angeklagten nicht als schwere Urkundenföhrung, sondern nur als grober Anfaß anzusehen sei. Der Gerichtshof hielt, da nicht angenommen wurde, daß der Angeklagte sich einen Vermögensvortheil habe verschaffen wollen, nur eine einfache Urkundenföhrung für vorliegend und verurtheilte den Angeklagten diesföhrlich zu einer Geföngnisstrafe von drei Tagen.

Verfammlungen. In der öffentlichen Versammlung der Dachdecker, die am Sonntag im „Englischen Garten“ tagte, gab zunächst der Vertrauensmann Petri seinen Bericht. Sodann referirte Th. Meyner über den Normal-Arbeitslohn. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine kurze Diskussion, in welcher Barthel und Öhrnig darauf hinwiesen, daß zur Zeit an einen Streik nicht zu

denken sei, erst müsse noch Mühe agittirt und organisiert werden. Zum Schluß schlägt die Versammlung als Gewerbegerichts-Kandidaten O. Petri vor.

In der Vertrauensmänner-Versammlung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Bezirk S.O., wurden, nachdem der Obmann über seine Thätigkeit berichtet hatte, Werkstattangelegenheiten behandelt. Der Streik bei Rückwardt u. Kiegel wird als verloren angesehen, die Werkstatt soll jedoch gesperrt werden. Weiter wurde über die Werkstatt von Kälich in der Reichenbergerstraße gellagt; die Kommission wird beauftragt, zu versuchen, mit dem Inhaber der Firma zu unterhandeln. Sodann wird noch mitgetheilt, daß die Forderungen in der Bautischerei von Veil, Oranienstr. 9, bewilligt sind.

Die Vertrauensmänner-Versammlung der Drechsler am 6. d. M. erfreute sich eines sehr guten Besuches und beschloß nach reger Diskussion, diese Sitzungen beizubehalten und weiter auszubauen. Bei Punkt 2 (Werkstätten-Angelegenheiten) wurde das Verhalten der Kollegen mehrerer größerer Werkstätten der Organisation gegenüber scharf kritisiert; besonders hervorgehoben wurde die Werkstatt von Schön, Mariannenstraße, wo die Kollegen trotz theilweise sehr niedrigen Verdienstes sich vollständig indifferent verhalten und nicht den Muth besitzen, sich der Organisation anzuschließen, um durch dieselbe sich bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Heute, abends 8 1/2 Uhr in Feuerstein's Beisälen (Inh. R. Herzberg), Alte Jakobstr. 76: General-Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Hülle (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

Die nächste juristische Sprechstunde findet am Mittwoch statt. G. G. Sie haben übersehen, daß Jaurds zur Zeit überhaupt nicht Mitglied der Deputiertenkammer ist.

Groningen. Lesen Sie nach in Nr. 100 des „Vorwärts“: Epöke des totalen Theiles. Wenden Sie sich brieflich an Herrn Dr. Broke, Volksheilstätte am Grabowsee bei Berlin.

R. H. H. G. Die Arbeit ist bereits im „Vorwärts“ erschienen. Republik. Sie müssen bei der Expedition des Blattes abmünnen. Wir können und auf derartige Bemüteilungen nicht einlassen.

Jüri Wetende. 1. Mal. Kuer sprach 1897 in Sülterly. H. B. 65. Es wurden noch mehrfach, besonders durch Anhänger Haffemann's, Versuche mit Betrugsbekundungen gemacht, aber alle neuen Blätter verhehlen nach kurzer Zeit dem Verbot.

Zwei Wettende in Caedburg. Im Jahre 1890. Burg G. Die Schadenersatzklage hätte Aussicht auf Erfolg. — H. C. Darüber giebt es keine gesetzlichen Vorschriften; der Betrag ist maßgebend. — C. R. Sie können nur dann von dort ausgewiesen werden, wenn Sie innerhalb 3 Jahren nach Zugang unterföhrungsbedürftig werden.

C. S. 2. 1. Ja. 2. Der unterliegende Theil, wenn ihm zuvor die Eigentumsansprüche glaubhaft gemacht waren. 3. Der Gerichtsbescheid. 4. Nein. — R. P. 100. Nicht dem Arbeitnehmer.

G. P. 4. Wegen Heranzugabe der Invaliditätskarte werden Sie fah wiederholt unter Hinweis auf § 108 Absatz 3 des Invaliditätsgesetzes an die Polizei und lassen sich — gegen 5 P. — eine neue Karte von der Polizei anfertigen. — Juch. Friedrichsbörg. Leider ist durch Bezahlung der berechtigten Schadenersatzanspruch hinfällig geworden. Die Verfertigung ist bereits im Jahre 1881 eingetreten. — G. R. 18. Waren die Kinder unter feden Jahren so, müßten Sie zahlen, sonst nicht.

F. R. 17. Unter den obwaltenden Umständen liegt eine Befeldigung nicht vor. — R. S. 100. 1. Im allgemeinen nein. 2. und 3. Ohne genaue Kenntniß des Falles läßt sich solche Frage nicht beantworten. — W. G., Tüftlerstraße. Die hier enthandenen Kosten kann die Klägerin nach Nachforschungen lassen; eine Frist für solchen Antrag besteht nicht. Gerichtsfohrenrechnung geht fönen in wenigen Wochen zu. — H. R. 111. 1. Nein. 2. Ja. 3. Polizeipräsidium. — Gerechtigung. 1. Ja. 2. Nein. 4. Ja. — H. 11. Nur Sonntags. — C. 3. 9. Ja. — 2. P. 4. Nein.

G. R. 18. Ist der Sohn unter 7 Jahren, so hat der Vater den von ihm beim Bankrot u. dgl. angerichteten Schaden zu erziehen, hat der Spröbling bereits 7 Jahre überschritten, dann nicht. — W. J. 138. Was nicht bekannt. — R. 13. 30. 1. Kann Strafandrohung fessen. 2. Geht allein genügt. 3. Das bürgerliche Gesetzbuch tritt erst vom 1. Januar 1900 ab in Kraft. — W. R., Münch. Der Wirth ist im Recht, weil kein schriftlicher Vertrag vorliegt. — P. G. Nur wenn Rente nicht empfangen ist. — P. R., Badstr. 17. 1. Sie haben einen Tag zu spät gellandt. 2. Dem Wirth steht das Retentionsrecht an den eingehenden Sachen, soweit diese pfändbar sind, zu. — Porcius. Nach richtiger Ansicht ist der Ehemann in der That Brandensung nicht verpflichtet, demjenigen, der seiner Frau gegenüber Verträge, Anwaltskosten u. dgl. geltend machen kann, Zahlung zu leisten.

Briefkasten der Expedition.

Garbe und andere Postabonnenten. Beschwerden über Unregelmäßigkeiten in der Anstellung durch die Post bitten wir fets an das bez. Postamt, nicht an die Expedition zu richten.

Witterungsübersicht vom 12. Juli 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wetter	Temp. in C. u. F.
Zwitmende	761	SSW	3heiter	10	Haparanda	753	S	2heiter	18
Janenburg	765	SSW	4hebedt	14	Waltersburg	752	SSW	2Regen	10
Berlin	760	SSW	2hebedt	13	Bort	771	SSW	4wolfig	16
Wiesbaden	768	SSW	4h.M. heb	13	Aberdeen	761	SSO	1hebedt	14
München	768	SSW	4Regen	12	Paris	769	SSW	2Dampf	12
Wien	761	SS	3hebedt	—					

Weiter-Prognose für Mittwoch, den 13. Juli 1898. Gleichmäßig trübe und regnerisch bei mäßigen nordwestlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.

Berliner Wetterbureau.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends: Verkauf frisch gel. ichw. perl. und fann. Fleisches. Rindfleisch pro Pfd. von 30 Pf an, Schweinefleisch 40 Pf. (4978L) Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Arbeitsmarkt. Redakteur für ein süddeutsches Parteiblatt gesucht. Offerten unter Chiffre P. 4 beiföhrt die Exp. des „Barn.“ 6500C

Schlosser auf Geldschrank u. Tresorbau, gewandt u. geübt, finden dauernde Beschäftigung. 66/17 S. J. Arnheim, Badstraße 40.

Achtung! Achtung! Holzarbeiter. In der Möbelfabrik von Rückwardt u. Kiegel, Wienerstr. 50, haben fannüchliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzubalten. Ferner ist der Zugang streng fernzubalten nach Rückwardt's Werken in Winden in der Markt. 105/12

Berufsbote verl. Boose, Wienerstr. 57a. Tüchtiger Ballfros gefucht Goldbleichen-Fabr. Fingerringstr. 15. Tücht. Vorböhrer u. Farbligtmacher gefucht Goldbleichen-Fabr. Fingerringstr. 15. Zinkstürzer, tüchtig, verlangt sofort Borsch, Oranienstr. 36.

Verlangt A. Eisenstäd, 44445 Kartonfabrik, Beuthstr. 5. 5-6 tüchtige Feinmechaniker suche ich für meine feinnmechanische Werkstatt in dauernde, gut lohnende Beschäftigung.

Papierzuschneider verlangt A. Eisenstäd, 44445 Kartonfabrik, Beuthstr. 5. R. Reiss, Liebenwerda, Meißel. 1. Präzisions-Mechaniker.

Tücht. Mannföls auf Postföts, auch dem Hause, Arbeitslohn 1,80-2 M., verl. Lobstein, Quittenstr. 39, I. Plätterlilien auf gefchwerte Umleggeräten in u. außer dem Hause sucht Max Treppe, Schönhauser Allee 167 a. Schleifer verl. fof. Gubner, Poststr. 6.

Kinderrinnen, [27] geübt, für künstliche Blumen und Phantasie-Redern verlangt sofort Wilhelm Freystadt, Rommandammstr. 60/51, II. Etage.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 13. Juli.
Neues Opern-Theater (Kroll).
Der Barbier von Sevilla. — Orientalisches Tanzbild. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubens. Frage an das Schicksal. Hieran: Momentaufnahmen. Anfang 8 Uhr.
Neues Ufertheater. Mein treuer Antoinette. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deiten. A Basso porto. Hieran: Cavalleria rusticana. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ostend. Auf Sumatra. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Im Gefesselt. Anfang 8 Uhr.
Selle-Alliance. Der letzte Brief. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädtisches. Die Doppelgänger. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Ehebrecherin. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Napolo. Don Juan in der Hölle. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Abend-Carl-Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täg. Auf Sumatra. 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
Ostend-Theater-Konzert-Garten.
Geiz: Kinder-Freudenfest.
Spezialitäten-Vorstellung. Neues Programm. Gebr. Forst. Gedim. Vanoal. Franka Sylva. Müller-Römer. Die gute Fee des Chens. Kinder-Pantomime. Mo Garston. Gebr. Buchholz. Anfang 4 1/2 Uhr. Passapartouts haben Gültigkeit.
Sonntags: Sommerachts-Fest.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich im schönen Garten:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Heimlich.
Eberichswand von C. A. Paul. Musik von Conrad.
Nord und Süd.
Operette in 1 Akt von Lindner. Musik von Thiele.
Im Saal: Grosser Ball.

Ostbahn-Parf.
Am Kaiserin Platz.
Direktion: H. Imbs.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts: Wochent. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Bei ungenügender Witterung finden die Vorstellungen im großen Saal statt.
Meine neuerbauten Festäle stehen Vereinen zur Verfügung.

Victoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112
(nahe Potsdamer Platz).
Garten resp. Saal.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Mischel, Pievo, Britton, Siebt, Krone, Köhl, Schneider und Schrader).
Anfang präzis 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Familien-Billets à 1 Mark (siehe Plakate).
Stets wechselndes Programm!

Apollo-Theater.
Neues Programm.
Um 9 Uhr:
Don Juan in der Hölle.
Phantastische Ausstattungs-Barleske in 2 Bildern.
Ferner:
20 Spezialitäten 1. Ranges.
Vor der Vorstellung:
Grosses Garten-Konzert.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr, Konzert 7 Uhr, Anf. der Vorst. 8 Uhr.

Reichshallen-Garten-Theater.
Leipzigerstr. 77.
Das Beste vom Besten, was bisher über die Bretter gegangen ist:
Berlin auf Stelzen!
Von W. Agoston und K. Wilhelm.
Ferner:
20 Spezialitäten
1. Ranges.
Anfang: Sonntags 7 Uhr. Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Familien-Vorzugsbillets gültig.
Bei ungenügender Witterung im großen Theateraal.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Letzte Saison vor dem Abbruch.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Tausend und eine Nacht.
Anfang: Sonntags 7, Wochent. 8 Uhr.

Pahlmann's Vaudeville-Theater
Schönhauser Allee 148.
O diese Radler!
Posen-Burleske von Oskar Victor-Rocher.
Auftreten d. gesammten neu engagierten Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals.
Im Saal: Gr. Fest-Ball.
Anf. d. Konz. 4 1/2, d. Vorst. 5 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf.
Die Direktion: Ferd. Lehmann.

Prater-Theater,
Kassanien-Allee 7/9.
Täglich: „Friede auf Erden“. Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten, von Hugo Schulz. Musik v. H. Kersten. Eugenia Formos, Kostümbrette. Gebr. Milardo, Grotesque-Quett. Ostrani Troupe, musik. Speentr. The 3 Wratons, Parterre-Altkodaten. Mr. Barna mit f. dreif. Ratten. Ballet. Pantomime. Konzert und Ball.
Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., reiner. Platz 50 Pf. Kalbo.

AUSSTELLUNG AM KURPÜRSTENDAMM.
Carl Hagenbeck's INDIEN
Schaustellungen in der Arena: Wochent. 6 u. 8 Uhr nachm., an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr nachm., im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig.
Ab 4 Uhr nachm.: Gr. Militär-Doppel-Concert.
Entree 50 Pf., Kinder die Hälfte.

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn. Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.
Schweizer Garten.
Täglich: Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen.
Im Ball-Saal.
An Wochentagen freier Dammentanz. Auch ist die Kaffeehalle von 3-6 Uhr geöffnet. Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Billets zu ermäßigten Preisen in Handlungen.
Zur Beachtung! Größeren Vereinen empfehlen wir unser Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonntags).

Actien-Brauerei Friedrichshain
früher Lipps am Königsthor.
Heute Mittwoch:
Gr. Doppel-Konzert,
ausgeführt von den gesammten Kapellen der Herren Königl. Musikdir.
Eduard Strauss Jul. Jänisch
aus Wien.
Anfang 7 Uhr.
Morgen Donnerstag, sowie folgende Tage (außer Sonntags):
Großes Strauß-Konzert.
Anfang 7 Uhr.
Spez. 60 Pf., numerierter Platz 1 R.
Bei ungenügender Witterung im großen 3000 Berl. faß. Konzertaal.

Verband der Maler und verw. Berufsgenossen. (Filiale I, Berlin.)
Sonntags, den 16. Juli, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Großer Sommerachts-Ball
nebst verschiedenen Ueberrassungen.
Anfang 8 Uhr.
Billets sind in allen Zahlstellen zu haben.
124/18 Das Komitee.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Täglich:
Vom Matterhorn z. Jungfrau.
Invalidenstr. 57/62:
Sternwarte.

Passage-Panoptikum.
Théâtre-Variété.
Sensationell:
Die schöne Tätowirte Sga. Radolf als Athletin.

Castan's Panoptikum.
Major Graf Walsin-Esterhazy.
Neu!! Lebende Bilder dargestellt von 6 jungen schönen Damen.

Die Selbsthilfe
einzig in seiner Art epitenches Werk zur Berichtigung und Stellung von Entschuldigungen des Unterichts, insbesondere in vorerwähnten Fällen. Mit zahlreichen anatomischen Abbildungen. Preis 2 Rth. (in Briefmarken). In bester Ausführung. Hermann Schmidt Buchh. Berlin W., Winterfeldstr. 34.

Töpfer.
Schleifsteine und Handstücke, fein-schöniger Sandstein, stets vorrätig. Gute Waare. Solide Preise.
A. Franz Nachf., Berlin NO., Pustendorferstr. 1, Ecke Friedensstraße.

Achtung! Maurer. Achtung!
Mittwoch, den 13. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn L. Keller, Koppenstr. 29:
Versammlung der Maurer Berlins und Umgeg.
(Centralverband deutscher Maurer).
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Lohnkommission über den Stand unserer jetzigen Lohnbewegung. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
Alle Kollegen, welche ein Interesse an der weiteren Gefaltung unserer Lohnbewegung haben, ersuchen wir, in der Versammlung zu erscheinen.
Die Lohnkommission der Maurer Berlins und Umgegend.
(Central-Verband deutscher Maurer.)
J. K.: Wih. Fritsch.

Achtung! Maurer! Achtung!
Mittwoch, den 13. Juli 1898, abends 8 1/2 Uhr, in der Tonhalle, Friedrichstraße 112:
Gr. öffentl. Versammlung d. Maurer Berlins u. Umg.
Tages-Ordnung: 1. Die Arbeitsniederlegungen der letzten Zeit und welche Ziele haben wir daraus zu ziehen? 2. Diskussion. 3. Das neueste Ständ der Verhandler, die Profikarte, und welchen Zweck verfolgt man damit? Hierzu sind alle Maurer Berlins und Umgegend eingeladen.
Die Lohnkommission der Maurer Berlins u. Umgegend.
J. K.: G. Recke.

Achtung! Freie Volksbühne.
Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. 2. Statutenänderung: Erhöhung des Beitrages (von 60 auf 65 Pf. pro Monat) und des Eintrittsgeldes. 3. Verschiedenes. Zutritt haben nur Mitglieder gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.
Um zahlreichen Besuch der Mitglieder bittet
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.
230/13

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Agitationsversammlung für Ost- u. Nordosten
Mittwoch, den 13. Juli, abends 8 Uhr.
im Lokale des Herrn Stechert, Andreasstraße 21.
Tages-Ordnung:
Wollen die Kollegen bessere Verhältnisse im Bezirk und Abschaffung der Ueberstunden? Referent: Otto Klinger.
Sämtliche Holzarbeiter müssen anwesend sein.
Die Ortsverwaltung.

Fachverein der Holz- und Bretterträger Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 17. Juli 1898, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Ewald, Schönleinstr. 6:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1898. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Gewerkschaftliches.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand. 84/8

Schöneberg.
Donnerstag, den 14. Juli 1898, abends 8 Uhr, im Saale des „Bayerischen Hiesels“, Hauptstraße 5/6:
Volksversammlung für Männer und Frauen.
Tages-Ordnung:
1. Was lehren uns die vergangenen Reichstagswahlen? Referent: Reichstags-Abgeordneter Fritz Jubeil. 2. Diskussion. 3. Bericht und Abrechnung des Wahlkomitees. 4. Bericht über die Parteipolitik.
Zahlreichen Erscheinen erwartet
Der Vertrauensmann.
Verband d. Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl. Zahlstelle Rixdorf-Britz. 52/11
Sonntags, den 16. Juli 1898, in Hoffmann's Fest-sälen (Inhaber: Laukner):
8. Stiftungs-Fest.
Um zahlreichen Besuch bittet
Das Komitee.

Max Kliem's Sommer-Theater,
Gartenhalde 14/15. — Artistischer Leiter: Paul Milbitz.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Ulrico's Wunder-Tauben. — The Dissenato's. — The Georges. — Charles Goyen. Parodist. — Paul Frey, Charakterkomiker. — Franziska Wünsch, Soubrette. — Lena Werner, gen. der kleine Kobold.
Neu! Unsere blauen Jungen oder Kiantschau in Berlin.
Operetten-Burleske von B. Gerike.
Die kleine Bombe. Schwan in 1 Akt von Elm.
Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung:
Grosses Doppel-Konzert.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr. Sonntags 5 Uhr.
Max Kliem.

Vorsicht!
Ist geboten beim Einkauf von Waschlutten.
Das beste, vortheilhafteste und bequemste Waschlutten der Welt ist
Dr. Thompson's Seifenpulver
(Schutzmarke „Schwan“).
Zu haben in den meisten Seifen-, Droguen- und Kolonialwaarenhandlungen.

Todes-Anzeige.
Am 10. Juli verstarb nach langem Leiden unser braver Kollege, der Maschinenformer
August Pozandek.
Die Beerdigung findet heute, abends 6 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Marienfriedhofes in Brix ab statt. Alle Kollegen, Freunde und Bekannten werden ersucht, an dem Beisendengänge sich rege zu beteiligen.
Die Kollegen der Werkstatt von Gehrs & Co.

Danksagung. [44458]
Für die herzliche Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden u. Bekannten, insbesondere dem Verein Berliner Bauanführer meinen innigsten Dank.
Wwe. Pauline Pilz.
Achtung! Vereine!
Englischer Garten, Alexanderstr. 27. 4 Gäle.
Sonntags im Sept. noch frei.
55782*) Hoffmann.

Vereinszimmer
einige Tage in der Woche zu vergeben.
Weigner, Chausseestr. 72. 55949*)
Freunden und Bekannten empfehle mein Weis- u. Patrisch-Bierlokal „Zur Grünen Linde“. Vereinsz. Piano.
J. Benkert, [43135]
Klosterhof, Gadenbergstr. 1.

Werkstatt, ca. 80 Quadratmeter, für Tischlerei etc. geeignet, event. mit Dampfkraft, billig zu vermieten.
55892*) Alexanderstr. 26.
Ein Grünraum-Geschäft mit Rolle und and. Materialwaaren preiswerth zu verkaufen Gräberstr. 77. 44025*)
Zusätzliche Klagen, Eingaben u. Putzer, Steglitzerstr. 65.

Zähne u. 2 Mark ebenf. Theilzahlung.
Olga Jacobson, Jungferndamm 145.
Dr. Simmel Zahnarzt, Hans v. Aschengau 2 Treppen rechts
Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

„Brunnerbad“, Brunnenstraße 16, ist wieder eröffnet.
55499*) H. Mania.

nur reell, Steppdecken, eigenes Fabrikat. G. Schmeizler, Blumenstr. 13, I.
Bitte auf meine Adresse zu achten.

Herren-Anzüge
Reine Wolle: 25, 27, 28, 30 R., nach Maß: 33, 35, 37, 39 R. Halb- wolle: 18, 19, 20, 21 R. Ganzes Fabrikat. Bei theureren Anzügen Theilzahlung, monatl. 10 R., gestatter.
Tomprowski, Schneidermstr., Sirealanerstr. 56, Laden.

Sophatoffe
aus der Beste in Bixis, Damast, Crepe, Phantastie, Gobelin und Blüsch spottbillig! [49718*)
Proben franko! Käuferhoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Berlin S., Emil Lefèvre, Cranichstr. Nr. 158.

Habe noch sehr schöne u. Parzellen f. 13-1400 R. u. Anzahl. zu vert., bir. a. b. Bahn, 25 Min. v. d. Invaliden, große Hörs, Sepernid. [44506*)
Damenkleid, gutes, für härtere Witterung, billig zu verkaufen. Charlottenburg, Weinbühlstr. 59, part.
Waldhäger, 12 Hant., O. V. 679, f. 10 R. u. 6 Mark, Al. Moritzstr. 4a, 5. I.
Kinderwagen (Dreirad) vert. Feldt, Blumenstr. 35a, 5. 4 R.
R. Zimmer f. 2 P. Waldemarstr. 75, IV.
Woh. Schloß, sind. Genossen Alie Jakobstr. 61a, 5. I. Ourg. II. Schulze.
Schloß f. 1 R. d. Al. Frankfurtstr. 14, 3. Tr. c.
21. möbl. Zimmer sofort zu verm. Neue Fahrman, Pustendorferstr. 111.
Hrbl. Schlafstube u. v. bei Guithe, Wanteuffelstr. 96, IV. [44514*)